



## **9<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville / 9. Stadtratsprotokoll**

**Séance du jeudi 26 juin 2014 à 18 heures**

**Sitzung vom Donnerstag, 26. Juni 2014, 18.00 Uhr**

**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

---

### **Présents / Anwesend:**

Augsburger-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Bohnenblust Peter, Bohnenblust Simon, Bord Pascal, Bösch Andreas, Brassel Urs, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Dillier Adrian, Donzé Pablo, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Habegger Hans Peter, Habegger Markus, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Hügli Daniel, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Löffel Christian, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pauli Mélanie, Pichard Alain, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Martin, Scherrer Martin, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Thomke Friedrich, Treu Hervé, Vuille André, Wiederkehr Martin, Wiher Max

### **Absence(s) excusée(s) / Entschuldigt:**

Arnold Marc, Dunning Samantha, Güdel Martin, Güntensperger Nathan, Gurtner-Oesch Sandra, Hadorn Werner, Känzig Urs, Simon Fatima, Trachsel Alessandro

### **Représentation du Conseil municipal / Vertretung des Gemeinderates:**

Erich Fehr, maire de Bienne

Conseillers municipaux / Conseillères municipales: Beat Feurer, Cédric Némitz, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

### **Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal / Entschuldigt Gemeinderat:**

-

### **Présidence / Vorsitz:**

Daniel Suter, président du Conseil de ville

### **Secrétariat / Sekretariat:**

Reto Lindegger, secrétaire de direction de la Mairie

<b>Affaires traitées / Behandelte Geschäfte</b>	<b>Page / Seite</b>
119. Élection d'un scrutateur.....	301
120. Rapport de gestion 2013 de l'Administration municipale biennoise .....	301
• Mairie.....	304
• Direction des finances .....	307
• Direction de l'action sociale et de la sécurité .....	311
• Direction de la formation, de la culture et du sport .....	314
• Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement .....	315
121. Motivation de l'urgence de l'interpellation 20140190, Salome Strobel, Fraktion SP, "État du projet d'assainissement durable des finances communales en vue du budget 2015" .....	318
122. Motion d'ordre .....	318
123. Rapport d'activités 2013 de la Commission de gestion.....	319
124. Rapport d'activités 2013 de la Commission PPP .....	319
125. 20140087 Contrôle des prestations 2013 de la société CTS S.A. ....	320
126. 20140112 Transports publics biennois (TPB) / Rapport de gestion et compte annuel 2013 .....	323
127. 20140125 Contrôle des prestations 2013 de la société Parking Bienne S.A. .	325
128. 20140113 Rapport d'activité 2013 d'Energie Service Biel/Bienne.....	326
129. Motion urgente 2014077, Mohamed Hamdaoui, Groupe socialiste, "Un moratoire sur le moratoire!" .....	327
130. Motion urgente interpartis 20140079, Martin Rüfenacht, FDP, Reto Gugger, PBD, Nathan Güntensperger, PVL et Andreas Sutter, PPB, "Pas de renforcement du SIP" .....	329
131. Interpellation urgente 20140078, Fritz Freuler, Groupe Les Verts, "Interview et mandat du professeur Urs Müller" .....	334
132. Discours d'adieux à Martin Rüfenacht.....	335
133. Nouvelles interventions .....	337

**Suter Daniel, président du Conseil de ville:** Je vous souhaite la bienvenue à notre 9<sup>ème</sup> séance du Conseil de ville et nous poursuivons les débats de la séance d'hier soir.

Avant de continuer, nous devons élire un scrutateur pour la séance de ce soir étant donné que Monsieur Habegger est absent.

### **119. Élection d'un scrutateur**

sur proposition du Groupe BVP/CVP/BDP **est élu:**

**Reto Gugger**

### **120. Rapport de gestion 2013 de l'Administration municipale biennoise**

**Bösch Andreas, GPK:** Die GPK dankt herzlich für diesen wiederum sehr interessanten Geschäftsbericht. Ich spreche zum Kapitel "Stadt und Behörden" und erlaube mir, von Seiten der GPK einige allgemeine Bemerkungen anzubringen. Ab Seite 13 geht es um die Umsetzung der Schwerpunkte der Politik des Gemeinderates. Im Vergleich zu den letzten Jahren fehlt eine Übersicht über den Stand der Umsetzung der einzelnen Punkte. Dafür gibt es in diesem Bericht mehr auf Französisch zu lesen, was die GPK sehr begrüsst. In einigen Abschnitten wird jedoch ersichtlich, dass gelebte Zweisprachigkeit schriftlich und mündlich nicht dasselbe ist. Unser Stadtpräsident lässt ab und zu einige französische Sätze in ein deutschsprachiges Votum einfließen oder umgekehrt. Nun geschieht dasselbe ab und zu im Text des Jahresberichts, was aus Sicht der GPK schwierig ist. Es wäre vielleicht besser, wenn man in Zukunft innerhalb eines Abschnitts die einmal gewählte Sprache beibehalten würde. Eine zweite Bemerkung: Der Zweifarbendruck ist auf Papier sehr nützlich. Auf den Bildschirmen ist es allerdings schwierig, die Farben zu unterscheiden. Mit einer ein wenig dunkleren Farbe würden Kontrast und Leserlichkeit besser. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat, den Bericht zu genehmigen.

**Löffel Christian, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU:** Ich danke im Namen der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU für den Geschäftsbericht. Es ist interessant, über die Stimmbeteiligungen bei Wahlen und Abstimmungen, über die Anzahl Sitzungen des Gemeinderats, über die Themen, die der Gemeinderat an den Retraiten diskutiert hat und noch viel mehr informiert zu werden. Der Gemeinderat hat im vergangenen Jahr in 45 Sitzungen 1014 Beschlüsse gefasst. Das sind nur die offiziellen Beschlüsse. Alle andern Beschlüsse, die im Tagesgeschäft noch gefällt wurden, sind nicht dabei. Die Beschlüsse nehmen zu. Das heisst, dass der Stadtrat vielleicht auch mehr Vorstösse einreicht. Im Stadtratsbüro, im Gemeinderat und allgemein in der ganzen Verwaltung wurde viel gearbeitet. In diesem Kapitel sind auch die Zielsetzungen und

Schwerpunkte des Gemeindrats aufgeführt. Ich möchte auf einige dieser Zielsetzungen eingehen:

In den 22 Aktionsbereichen gibt es drei Hauptgruppen und 60 detaillierte Ziele. Von Letzteren wurden 8 erreicht, 40 befinden sich in Umsetzung und 26 in Planung. Auf ein Ziel wurde verzichtet. Mehrfachnennungen sind möglich. Gewisse Bereiche einzelner Ziele sind in Planung, andere bereits in Umsetzung. Es handelt sich um eine Selbstanalyse des Gemeinderats. Bei einigen Einschätzungen ist ein Fragezeichen erlaubt, zum Beispiel im Aktionsbereich 4: *"Die Stadt Biel renoviert das bauliche Erbe und die Infrastruktur und wertet sie auf."* Da wird also der Unterhalt der städtischen Liegenschaften geplant. Das ist leider seit 20 Jahren so. Auf den Inhalt des Detailziels Unterhaltsstrategie ist die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU sehr gespannt. Er wird wesentlich sein für die Massnahmen und Mittel zur Zielerreichung. Ein anderes Ziel (in Planung und Umsetzung) in diesem Bereich ist die Senkung des Heizenergiebedarfs um 10% von 2010 bis 2016. Das ist sicher ein erstrebenswertes Ziel. Es fehlen jedoch noch die Anforderungen an die Benutzer bezüglich ihres Verhaltens in der Heizperiode. Darin liegt noch ein grosses Potential. Es wird z.B. immer noch zu oft gelüftet, ohne dass dabei die Heizkörper abgestellt werden.

Im Rahmen des Aktionsbereichs 6 (ÖV, Langsamverkehr) sollen Kinder und Jugendliche motiviert werden, den Schulweg aus eigener Kraft zu bewältigen. Ich frage mich, warum nicht auch die Eltern oder vor allem die Eltern motiviert werden. Sie sind es, die die Kinder zur Schule fahren. Vielleicht bräuchte es dazu eine Massnahme. Ein weiteres, erstrebenswertes Ziel ist der Energy Award GOLD. Ich hoffe, dass zu dessen Umsetzung nur sinnvolle Massnahmen getroffen werden. Auch die Ziele im Aktionsbereich 12, Lebensqualität, sind in Umsetzung. Dort geht es um Littering, Polizeikontrollen, illegalen Aufenthalt. Ich sehe aber in Bezug auf Littering, Hundekot, Polizeireglement, das nicht umgesetzt wird, Leinenpflicht und unerlaubte Fütterung der Krähen keine grossen Fortschritte. Herr Feuerer hat mir bis Ende Juni mindestens in unserem Quartier eine Verbotstafel für die Fütterung von frei lebenden Tieren versprochen. Schon bald ist Ende Juni. Ich habe noch ein wenig Geduld... Im Aktionsbereich 21 geht es um Integrationspolitik, welche die Einhaltung der grundlegenden Regeln und Werte unserer Gesellschaft bedingt. In einem neuen kantonalen Gesetz wird z.B. die Sprachkompetenz gefordert. Dafür ist es höchste Zeit. Dabei ist ein detailliertes Ziel die gezielte Frühförderung, durch die Familien und - was sehr positiv ist - bildungsferne Eltern angesprochen werden. Mich würde interessieren, was gefordert wird, wenn man fördern will.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Danke für die gute Aufnahme des Berichts und für die Auseinandersetzung damit. Herr Bösch hat gesagt, es fehle ein Zusammenzug. Über den Sinn einer solchen Statistik und darüber, ob nicht mehr inhaltliche Aussagen zu machen seien, wird immer wieder diskutiert. Diesmal ist der Gemeinderat ebenfalls - nach kontroverser Diskussion - zum Schluss gelangt, auf eine tabellarische Zusammenstellung zu verzichten. Zur Zweisprachigkeit: Der Geschäftsbericht wird nicht übersetzt, sondern einfach in den Sprachen der Autoren erstellt. Wenn ein Abschnitt in einer Abteilung entwickelt und dann von der Direktion noch vervollständigt wird und die Autoren nicht die gleiche Muttersprache haben, kann es geschehen, dass in einem Kapitel beide Sprachen vorkommen. Wir nehmen die Anregung von Herrn Bösch aber gerne für das nächste Jahr auf.

Zum Unterhalt: Unterhalt ist ständige Planung. Es wird immer wieder neuer Unterhaltsbedarf eruiert. Der Unterhalt von Verwaltungsvermögen erfolgt laufend, zum Beispiel im letzten Jahr im neueren Teil des Schulhauses Sonnenfeld. Dieses Jahr wird die Renovation des alten Teils an die Hand genommen. In anderen Objekten wurden kleinere Unterhaltsarbeiten ausgeführt. Wir haben letztes Jahr CHF 1,8 Mio. in den Unterhalt des Verwaltungsvermögens investiert. Auch im Finanzvermögen wäre hier ein sechsstelliger Betrag zu nennen. Die Wünsche im Bereich Gebäudeunterhalt sind zahlreicher als das tatsächlich Mögliche. Die Frage nach Prioritäten und Standards ist immer kontrovers. Ziel des Gemeinderats ist es, anfallende Schäden zu vermeiden und die Betriebssicherheit und Verfügbarkeit sicherzustellen. Sobald eine Unterhaltsstrategie vorliegt, wird der Gemeinderat gerne mit dem Stadtrat darüber diskutieren.

Zum Thema Energieverschleuderung durch Lüften bzw. richtiges Lüften wurde bereits ein Vorstoss überwiesen. Die städtische Immobilienbewirtschaftung hat diesbezüglich schon Empfehlungen herausgegeben. Aber es ist äusserst schwierig, die mehr als 2000 Personen, die in diesen Gebäuden arbeiten, dazu zu bringen, diese Empfehlungen auch zu befolgen. Herr Löffel, Sie haben Recht, man kann in diesem Bereich sehr viel erreichen. Die Verwaltung gibt sich Mühe, aber ich kann Ihnen leider nicht 100%-igen Erfolg garantieren.

Zum Thema Schulweg und Eltern, welche die Kinder zur Schule führen: Die Botschaft, dass der Fokus vermehrt auf die Eltern gesetzt werden soll, ist angekommen. Es sind Projekte in Erarbeitung, über die ich aber noch nicht mehr sagen will, weil sie noch nicht genehmigt sind.

Zu den Themen Littering, Polizeikontrollen usw. kann im Zusammenhang mit gewissen Vorstössen noch debattiert werden. Der Gemeinderat will, dass auch die kleinen Störungen im Alltag bekämpft werden. Das führt dazu, dass seine Mitglieder als "kleinliche Spiesser" bezeichnet werden. Die Kantonspolizei hilft uns nicht. Auch bei den niederschweligen Verkehrsdelikten und Ähnlichem hilft sie nicht. Von Bern kommt der Ausspruch der Polizei, sie sei keine "Fötzelipolizei", weshalb der Gemeinderat den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei gekündigt hat. Deshalb auch die Überlegung, diese Arbeit durch eigene Leute ausführen zu lassen, wenn die Kantonspolizei nicht bereit ist, einen Teil ihrer Ressourcen in Bereichen einzusetzen, die dem Gemeinderat und offenbar auch dem Stadtrat wichtig sind. Das passt gewissen Leuten hier im Saal aber auch wieder nicht. Es gilt zu wählen, da die Kantonspolizei nicht bereit war, gewisse Anliegen des Gemeinderats aufzunehmen. Es ist nun wichtig, dass diese Diskussion zumindest ergebnisoffen geführt werden kann. Der niederschwellige Kontakt und die soziale Kontrolle sollen greifen. Dafür ist nicht immer ein voll ausgerüsteter und bewaffneter Polizist nötig.

Dem Gemeinderat ist klar, dass die neue Gesetzgebung im Bereich Integration und Frühförderung umgesetzt werden muss. Die Direktion Soziales und Sicherheit arbeitet daran. Frühförderung ist sinnvoll. Für Personen, die wahrscheinlich immer hier bleiben, macht es Sinn, dass sie eines Tages ihren Lebensunterhalt selber bestreiten können. Das beginnt mit genügenden Sprachkenntnissen beim Schuleintritt, damit die Kinder dem Unterricht folgen können. Den Eltern kommt dabei selbstverständlich eine hohe Verantwortung zu. Alle BürgerInnen in diesem Land haben die Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für sich selber zu sorgen und sich

dafür auch einzusetzen. Und die Eltern haben die Pflicht, ihre Kinder dazu anzuhalten. Hierfür sind gewisse unterstützende Massnahmen nötig. Es ist aber nicht konsequent, solche Integrationsanstrengungen zu fordern, die dazu nötigen Mittel jedoch nicht bereitzustellen. Ich sage das nicht speziell für Biel. Das gilt auch auf Kantons- und Bundesebene.

**Cadetg Leonhard, FDP:** Zweisprachigkeit bedeutet, dass wir eben manchmal etwas in einer andern Sprache als der unseren hören oder lesen müssen. Ich finde es entlarvend, wenn wir verlangen, dass in einem Kapitel oder in einem Absatz nur eine Sprache benutzt wird. Das ist ein Aufwand, den wir nicht betreiben dürfen. Ich möchte, dass der Bericht so bleibt wie er ist, dass die Verfasserinnen und Verfasser in ihrer eigenen Sprache schreiben können, ohne dass die Texte nachher noch zum Teil übersetzt oder redigiert werden müssen.

## Mairie

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** Gestern habe ich gesagt, zur Rechnung gebe es nicht viel zu bemerken. Damit ist gesagt, dass nichts zu beanstanden ist. Beim Geschäftsbericht ist es anders. Im Geschäftsbericht weisen die Direktionen aus, was sie geleistet haben, was hinter den Zahlen in der Rechnung steckt. Dem Geschäftsbericht entnimmt man ganz viel Interessantes. Das gilt auch für die Präsidialdirektion: Im Kapitel "Aussenpolitik" wird erwähnt, in welchen Institutionen die Stadt vertreten ist und in welcher Funktion der Stadtpräsident vertreten ist. Das ist ein kleiner Link zur Budgetdebatte vom letzten Jahr, in welcher der Stadtrat über diese Beträge und über deren Streichung diskutiert hat. Das Kapitel "Quartierentwicklung" könnte unserer Meinung nach mehr Fleisch am Knochen haben. Auf Seite 40 des Geschäftsberichts wird unter Punkt 1.4.4 "Permis de construire et contrôles" über die Baupolizei berichtet, aber das eigentliche Thema Quartierentwicklung wird nur in zwei Zeilen behandelt. Neu erscheinen im Bericht die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und den Mitgliedern des Grossen Rates und der Einbezug der VB in die wöchentlichen Kadersitzungen der Präsidialdirektion. Das findet die GPK sehr gut. Sie hofft, dass die Disziplin der Verwaltung anhält und sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt. Bezüglich der Zweitwohnungsinitiative gab es eine Entwarnung. Durch eine Studie konnte nachgewiesen werden, dass die Stadt Biel mit den Zweitwohnungen unter 20% liegt. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die Qualität der Gebäude-, Wohnungs- und Einwohnerregister zu verbessern ist. Hier könnte das Parlament in den nächsten zwei Jahren mittels einer Interpellation nachfragen, was unternommen wurde. Die Stadtkanzlei hat in vorbildlicher Art und Weise begonnen, ihre Arbeitsprozesse, inklusive der Schnittstellen, zu dokumentieren. Damit gehört sie wahrscheinlich zu den fortschrittlicheren Abteilungen in der Verwaltung.

Beim Personal (Seite 35 des Geschäftsberichts 2013) kann man lesen, was das Stellenmoratorium in Zahlen bedeutet. Es wurden 51 Stellen eingespart. Die GPK hat nachgefragt, wie sich diese Zahl auf die Direktionen verteilt und bekam zur Antwort: In der Präsidialdirektion 8, in der Finanzdirektion 14, im Sozialen 9, in der BKS 8 und bei der Bau-, Energie- und Umweltdirektion 12 Stellen. Die GPK hat sich auch nach der Fluktuation, den Unfällen und Krankheiten erkundigt. Bei 1225 festangestellten Mitarbeitenden sind 191 Aus- und 193 Eintritte zu verzeichnen. Das ergibt eine Fluktuation von rund 15%. Ähnlich verhält es sich mit den Absenzen infolge Krankheit

oder Unfall: Dort sind es etwa 13%. Die Stadt hat noch kein Instrument, um diesbezüglich präzise Angaben zu liefern.

Der GPK ist aufgefallen, dass es zwar in der Stadtverwaltung mehr Frauen als Männer gibt, dass die Frauen bis Lohnklasse 16 in der Mehrheit sind, dass es aber nachher rapid wechselt. Auch die letzten Kaderanstellungen haben nicht zu einer Vergrößerung des Frauenanteils in diesem Bereich beigetragen. Die GPK findet das sehr bedauerlich und wünscht sich, dass man diesbezüglich bewusst und gezielt eine Veränderung anstrebt. Die Stadtplanung (Seite 37 des Geschäftsberichts) zeigt auf, welche Projekte geplant oder in Umsetzung sind. Im Namen der GPK danke ich der Verwaltung und allen Mitarbeitenden herzlich für die in diesem Bericht dokumentierte Arbeit.

**Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste:** A la lecture du rapport de gestion quelques informations ont réjoui le Groupe socialiste. Les rencontres avec les député(e)s biennois(es) permettent que notre cité soit mieux représentée, que nos intérêts spécifiques soient davantage pris en compte. Nous ne pouvons qu'encourager tous les député(e)s ici présent(e)s, quel que soit leur parti politique, à participer activement à ces rencontres, afin que notre Ville puisse bénéficier de ce lobbying important. Un autre élément, qui nous semble primordial et dont nous regrettons la façon d'en parler dans ce rapport, est la question de l'attractivité des quartiers. En effet, la vie des quartiers ne se restreint pas à la seule question des déchets déposés illégalement. De nombreuses activités, des rencontres et des projets sont mis sur pied tant par leurs habitants, que par la Ville, notamment à travers les maisons de quartiers. Une autre réjouissance, que je souhaite mettre ici en avant, c'est que la fête organisée pour accueillir dignement les nouvelles personnes naturalisées à Bienne a été remise à l'agenda. En effet, ces personnes rencontrent de nombreuses difficultés et il est important, qu'un tel évènement soit fêté de la sorte.

Suite à la réponse très précise à la question concernant le moratoire sur la réoccupation des postes, le Groupe socialiste a appris, que toutes les directions en sont plus ou moins fortement touchées et que les personnes y travaillant doivent remplir plus de tâches, pour compenser les activités des personnes non remplacées. Certains postes ont toutefois été repourvus plus rapidement, mais dans ces cas, les coûts ont été compensés à l'intérieur des directions concernées. Au sujet du moratoire, il faudrait connaître le pourcentage des personnes absentes pour longues maladies, c'est à dire plus de quinze jours. En effet, tirer sur la corde au travail peut avoir des répercussions sur la santé des employé(e)s. Ce n'est pas à prendre à la légère. Il n'y a pas de chiffre exact, mais une estimation récapitulative donnerait le résultat de 123 cas sur 1225 personnes, ce qui représente 10%. Ce nombre n'est pas négligeable! Le Groupe socialiste remercie tous les employé(e)s de la Ville pour leur engagement et nous continuerons de nous tenir à leurs côtés.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Ich gebe die Dankesworte gerne weiter. Zur von Frau Jean-Quartier erwähnten zusätzlichen Belastung wegen des Moratoriums: 123 Personen hatten einen längeren Arbeitsausfall. Das ist nicht erfreulich. Aber das hängt nicht direkt mit dem Stellenwiederbesetzungsmoratorium zusammen. Das Moratorium hat nicht 123 Personen krank gemacht. Die Stadtverwaltung hat trotz Stellenwiederbesetzungsmoratorium den Abbau der Überzeit im letzten Jahr

weiterführen können. Das hat u.a. mit Witterungsverhältnissen zu tun, wo gewisse Sonderschichten beispielsweise im Bereich Strassenunterhalt nicht eingesetzt werden mussten. Das Moratorium ist sicher eine zusätzliche Belastung, aber, je nach Funktion, Tätigkeitsbereich und Art der Arbeit unterschiedlich. Es kann keine Dauerlösung sein. Aber aufgrund der finanziellen Situation war es nötig. Ich danke im Namen des Gemeinderats noch einmal den Mitarbeitenden, die das Moratorium mitgetragen haben. Einen Nachweis, wonach das Moratorium direkte und gravierende Konsequenzen zeitigte, gibt es nicht.

Das Treffen mit den Grossrätinnen und Grossräten wurde mehrere Male erwähnt. Der Gemeinderat hat neu für stadtspezifische Anliegen ein Treffen mit den Bieler Mitgliedern des Grossen Rates ins Leben gerufen. Ich rufe hier noch einmal alle Bieler Grossrätinnen und Grossräte auf, an diesen Treffen teilzunehmen. Parallel dazu gibt es seit längerem ein gleiches Treffen für das Seeland. Das ist auch sehr wichtig, weil dort Themen aus dem deutschsprachigen nördlichen Kantonsteil besprochen werden. Beim Campus waren wir auf dieser Schiene sehr effektiv. Ich bedaure, dass es bis heute nicht gelungen ist, einen gleichen Austausch mit dem Berner Jura zustande zu bringen. Die Deputation, eine organisierte Struktur der bernjurassischen Grossräte und Grossrätinnen, ist aus der Territorialität heraus entstanden und will diesen speziellen Status nicht mit den welschen Bielerinnen und Bielern teilen. Ich bin überzeugt, dass der Austausch mit einer Regionalkonferenz, in der die beiden Teilregionen des Nordens des Kantons vereint wären, intensiver wäre. In den heutigen Strukturen ist es aber schwierig. Die Stadt Biel gehört trotz aller Beziehungen und Gemeinsamkeiten mit dem Berner Jura territorial zum Seeland. Und der Berner Jura hat territoriale Prärogative und ist deshalb teilweise nur auf seine Themen fokussiert. In dieser Hinsicht könnte noch Einiges optimiert werden.

Zum Thema Zweitwohnungsinitiative: Der Gemeinderat war erstaunt, als er sah, dass die Stadt Biel gleich wie Zermatt oder Grindelwald als Tourismusregion gilt. Leider ist die Qualität der Gebäude-, Wohnungs- und Einwohnerregister eine der Ursachen. Der Gemeinderat hat bereits eine Studie in Auftrag gegeben, die zeigt, dass es nicht so ist. Die Rückbestätigung des Bundesamtes für Statistik steht noch aus. Der Gemeinderat hat beim Kanton den Wunsch geäussert, eine Meldepflicht für Wohnsitzwechsel einzuführen. Das existiert in andern Kantonen bereits. Diese Kantone haben eine deutlich bessere Registerqualität. Eine Umfrage des VBG (Verband der bernischen Gemeinden) hat gezeigt, dass es für kleine Gemeinden kein so grosses Problem ist, weil man dort weiss, wer wo wohnt. In den mittleren und grösseren Gemeinden ist dieses Wissen jedoch nicht vorhanden. Es fehlt dort auch die Quartierpolizei, die man früher hatte. Das waren langjährig für den gleichen Sektor zuständige Beamte, die wussten, was wo passiert. Der Kanton beabsichtigt, im Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer (GNA 122.11 / SGR 122.21) eine solche Meldepflicht für Wohnsitzwechsel einzuführen. Das wäre sicher für die Registerqualität in der Stadt Biel ein Vorteil. Biel geht es aber nicht nur um den Anteil an Zweitwohnungen sondern auch um hier lebende, aber nicht angemeldete EinwohnerInnen. Es gibt vielleicht den Vermietern einen gewissen Mehraufwand. Mit klaren, sauberen Verhältnissen in der Stadt wäre wahrscheinlich aber allen gedient.



## Direction des finances

**Sutter Andreas, GPK:** Bei der Finanzdirektion geht es vor allem um Zahlen. Über Zahlen hat der Stadtrat schon gesprochen, als er das Budget bzw. die Rechnung genehmigt hat. Deshalb gibt es dem nicht sehr viel anzufügen. Die Sparanstrengungen haben aber etwas auf personeller wie materieller Ebene bewirkt. In der GPK wurde gewürdigt, dass diesmal die Beteiligungen detailliert aufgelistet wurden, und auch die einsitzenden Verwaltungsratsmitglieder in den entsprechenden Unternehmen genannt werden. Auch der Liegenschaftsbestand wurde positiv gewürdigt. Er umfasst über 380 Millionen Quadratmeter zu einem Buchwert von CHF 6,85 Mio. Es gibt noch ein gewisses Aufwertungspotenzial. 380 Millionen Quadratmeter sind zweimal 3 Kilometer zu einem Wert von rund CHF 50/m<sup>2</sup>. Im innerstädtischen Bereich haben die Flächen einen weit höheren Wert. Das soll aber keine Kritik sein. Vielmehr eine Feststellung, da Aufwertungspotenzial besteht, sollte das Terrain gebraucht werden. Die GPK dankt den Mitarbeitenden der Finanzdirektion und der Finanzdirektorin.

**Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU:** Auch unsere Fraktion dankt den Mitarbeitenden. Der Geschäftsbericht ist aussagekräftig. Auf Seite 43 liest man, dass die seit 2010 regelmässig ausgewiesenen Defizite struktureller Natur sind. Wichtig sind die 13 Sondereffekte und die Tatsache, dass Sparanstrengungen unternommen worden sind, die Wirkung gezeigt haben. Das Personal hat dabei viel mitgetragen und hat Dank verdient, weil es gelitten hat. Die Stadtverwaltung wies schon vor 2010 immer strukturelle Defizite auf, nur waren diese versteckter.

Auf Seite 44 des Geschäftsberichts 2013, im Abschnitt "Wirtschaftliche Risiken" steht, dass die stagnierenden Steuererträge bei den natürlichen Personen im Vergleich zum Bevölkerungswachstum für die Stadt Biel eine zentrale Herausforderung darstellen. Es ist gut, dass der Gemeinderat das erkannt hat.

Aus den Erläuterungen auf Seite 51 des Geschäftsberichts geht hervor, dass das ausgeglichene Ergebnis für 2013 ausschliesslich auf Sondereffekte zurückzuführen ist. Das Projekt "Nachhaltige Haushaltsanierung" ist und bleibt sehr wichtig. Über dieses will die Stadt Biel auf einen grünen Zweig kommen, ansonsten es für Biel nicht gut aussieht. Zum Glück hat die Stadt viele Spezialfinanzierungen, die sie heute sinnvoll einsetzen kann.

Noch drei positive Punkte:

1. Auf Seite 51, im Abschnitt 2.2.2 steht, dass die Anleihe der Stadt Biel von CHF 50 Mio. auf CHF 130 Mio. aufgestockt wurde, mit einer Laufzeit bis 2026. Mit dieser Massnahme hat man einen Aufpreis von CHF 12 Mio. erzielt. Dafür gebührt den Verantwortlichen ein grosser Dank.
2. Den Ausführungen auf Seite 53 kann entnommen werden, dass als Entgelt für die kantonalen Mandate für Steuererlassgesuche, die Verarbeitung von Steuererklärungen und Quellensteuerabrechnungen für die Gebiete des Seelands, Juras und Emmental-Oberaargaus Einnahmen von CHF 2 Mio. angefallen sind. Das entspricht der Lohnsumme der ganzen Steuerverwaltung.
3. Der Ertragsüberschuss im Bereich Liegenschaften ist dieses Jahr höher als letztes Jahr. Das ist wichtig, auch wenn die Passivzinsen allerdings abgezogen werden müssen.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP:** Zu Punkt 2.2.4 auf Seite 51 "Ausblick": Im unteren Teil dieses Abschnitts steht: *"Die bereits im Rahmen des Projekts "Nachhaltige Haushaltsanierung" durchgeführten Analysen zeigen unmissverständlich, dass sich in den Folgejahren die Schere zwischen Ertrag und Aufwand ohne entsprechende Sanierungsmassnahmen stetig weiter öffnen wird, und der Finanzhaushalt vollständig aus dem Gleichgewicht geraten wird."* Das müssen wir ernst nehmen. Hier werden die Resultate der Analysen erwähnt. Die Fraktion SP war der Meinung, die Evaluation sei noch nicht erfolgt. Uns ist wichtig, dass dem Stadtrat diese Zahlen für die Budgetdebatte zur Verfügung stehen. Deshalb reicht die Fraktion SP heute Abend einen dringlichen Vorstoss ein. Der Stadtrat soll sich Gedanken machen, was zu unternehmen ist, damit die Steuereinnahmen nicht immer weiter sinken. Auf Seite 43 des Geschäftsberichts 2013 geht es um die Unternehmenssteuerreform III. Der Städteverband führt diesbezügliche Gespräche, an denen auch unsere Finanzdirektorin teilnimmt. Es geht insbesondere darum, Kompensationen für die Steuerausfälle auf kommunaler Ebene zu verlangen. Die Fraktion SP hofft, dass der Stadtrat über diese Gespräche informiert wird. Vielleicht können wir diesen Prozess auch unterstützen.

**Freuler Fritz, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne dankt dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden für diesen ausführlichen Bericht. Neben den Sparmassnahmen auf Kosten des Personals, die unsere Fraktion bereits gestern kritisiert hat, haben wir dem Geschäftsbericht der Finanzdirektion auch sehr Positives und Informatives entnommen: Das wichtige Engagement des Gemeinderates betreffend Unternehmenssteuerreform III auf nationaler Ebene, mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen auf die Stadt Biel zu minimieren. Unsere Fraktion unterstützt diese Bemühungen.

Der Gemeinderat nutzt zudem die historisch ausserordentlichen Finanzierungsmöglichkeiten gut, indem er die erwähnte Anleihe um CHF 80 Mio. aufgestockt hat. Auch dank des guten Ratings und der guten Marktrepputation konnte die Stadt Biel vorzügliche Bedingungen vereinbaren. Die Kolleginnen und Kollegen, welche von "Konkurs" und "Pleite" der Stadt Biel sprechen, sollten dies unbedingt zur Kenntnis nehmen.

Gestern wurde über die Passivzinsen geklagt. Sie steigen und werden auch nächstes Jahr steigen. Aber ein grosser Teil dieser Passivzinsen rührt vom Stadionbau her. Wir können dieses Stadion nicht mehr verhindern. Es ist im Bau. Und die CHF 70 Mio. müssen finanziert werden. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich jedoch verbessert, und was für Biel besonders wichtig ist, die Wende in der Exportwirtschaft hat sich bestätigt. Hingegen ist die Arbeitslosenquote in der ganzen Schweiz und somit auch in Biel gestiegen. Sehr bedauerlich ist, dass viele ältere stellenlose Menschen im Geschäftsbericht der Direktion Soziales und Sicherheit wieder auftauchen. Einige Stadtratsmitglieder werden den Direktor fragen, was er falsch macht, weil die Kosten schon wieder gestiegen sind...

Zu den Steuern: Im Vergleich zum Jahr 2000 hat bei den steuerpflichtigen Personen eine erhebliche Veränderung stattgefunden. Im Jahr 2012 wohnten mehr Personen mit einem höheren steuerbaren Einkommen in Biel als im Jahr 2000. Der

Bevölkerungsanteil mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 100'000 und mehr hat sich verdoppelt. Der Anteil steuerbarer Einkommen zwischen CHF 60'000 und CHF 100'000 ist um 40% gestiegen. Entsprechend abgenommen hat die Bevölkerungsgruppe mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 0 bis CHF 40'000. Herr Haueter, wenn Sie nun behaupten, dass aufgrund des Steuerwettbewerbs natürliche Personen nur aufgrund der Steueranlage von Biel wegziehen oder nicht nach Biel ziehen, haben Sie diesen Bericht nicht richtig studiert. Den Steuerwettbewerb gibt es seit rund 10 Jahren, real betrifft dies aber nur Reiche mit Einkommen von über CHF 200'000. Der Steuerwettbewerb des letzten Jahrzehnts hat sowohl in Biel als auch in den Kantonen Spuren hinterlassen und zu tieferen Einnahmen auf allen Ebenen geführt. Gemäss der letzten Erhebung der eidgenössischen Steuerverwaltung hat er der Hälfte der Kantone Defizite beschert. Der neue Trend geht dahin, Steuersenkungen wieder rückgängig zu machen, damit der öffentlichen Hand die Mittel zur Verfügung stehen, die sie benötigt. Diesem Trend wird sich die Stadt Biel nicht verschliessen können, wenn sie ihr strukturelles Problem - Herr Bohnenblust, da sind wir gleicher Meinung - lösen will. Auf Seite 48 des Geschäftsberichts sehen wir den Steuervergleich mit anderen grösseren Schweizerstädten und können feststellen, dass eine Steuererhöhung sogar trotz Steuerwettbewerb unproblematisch sein sollte. In künftigen Berichten wäre es zudem wünschenswert, auch einen Vergleich mit den Wohnkosten einzubeziehen.

Eine Bemerkung zu den Liegenschaften: Der Fraktion Grüne ist aufgefallen, dass sich das Ungleichgewicht zwischen Erwerb und Verkauf von Grundstücken jedes Jahr erhöht. Die Liste der verkauften Grundstücke wird immer länger. Die Stadt Biel, respektive der Gemeinderat, sollte sich überlegen, wie die Stadt diese Veräusserungen und Abtretungen wieder kompensieren kann.

**Grupp Christoph, Grüne:** Besten Dank für diesen Geschäftsbericht. Mir sind darin allerdings zwei strategische Lücken aufgefallen: In früheren Jahren erhielt der Stadtrat jeweils eine tabellarische Zusammenstellung der zu erwartenden finanziellen Risiken als Ausdruck der Sorge der Finanzdirektion, resp. des Gemeinderates. Diese Tabelle vermisse ich im Geschäftsbericht 2013. Das finde ich paradox, weil der Stadtrat aus allen politischen Lagern und auch vom Gemeinderat mehrmals gehört hat, dass schwierige Zeiten auf uns zukommen und wir die Finanzen ganz genau studieren sollen. Das Fehlen dieser Tabelle kann meiner Meinung nach nicht nur mit dem Bericht von Professor Müller entschuldigt werden. Die fehlende Tabelle enthielt strategische Überlegungen des Gemeinderats und der Finanzdirektion. Zudem vermisse ich strategische Überlegungen zu den Liegenschaftsverkäufen. Die strategischen Überlegungen müssten die im Bericht enthaltenen tabellarischen Aufstellungen der Verkäufe ergänzen. Die Stadtverwaltung hat doch jetzt einen neuen Liegenschaftsverwalter. Ich mache beliebt, dass zu Liegenschaften, welche wirtschaftlich, sozial und von der Stadtentwicklung her bedeutend sind, wieder strategische Überlegungen angestellt werden und dem Stadtrat mittels Geschäftsbericht berichtet wird. Ich hoffe, dass diese beiden Lücken in nächsten Bericht wieder gefüllt werden und danke schon im Voraus dafür.

**Haueter Joël, SVP:** Herr Freuler, ich finde, Sie interpretieren die Grafik einseitig in Ihrem Interesse (wobei das sonst immer der SVP vorgeworfen wird...). Tatsächlich haben sich die Steuerzahlenden mit einem Einkommen von mehr als CHF 100'000 verdoppelt. Das aber könnte auch daher rühren, dass die Steuern gesenkt wurden.

Nur gerade 4,2% der Steuerzahlenden verdienen mehr als CHF 100'000. Hingegen versteuern 40% der Steuerzahlenden CHF 0 bis CHF 20'000. Rechnet man diejenigen Personen dazu, die ein Einkommen von CHF 20'000 bis CHF 40'000 versteuern, kommt man gar auf 63%. Offensichtlich besteht also ein Ungleichgewicht. Ein weiteres Indiz ist, dass die Stadt Biel aus dem Finanzausgleich des Kantons Bern mittlerweile fast CHF 100 Mio. pro Jahr erhält. Dem stehen CHF 124 Mio. Steuereinnahmen gegenüber. Geht es so weiter, hat die Stadt Biel in einigen Jahren gleich viel Beiträge aus dem Finanzausgleich wie Steuereinnahmen.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** L'année passée, la Direction des finances a été très sollicitée en raison de la santé financière de la Ville, mais je vous remercie de ne pas refaire, aujourd'hui, le débat sur les comptes, encore moins celui du budget. Monsieur Sutter, je vous remercie d'avoir noté, que le rapport contient aussi des analyses sur les chances et risques qui influencent le développement économique de cette région. Monsieur Freuler, depuis la clôture de la rédaction de ce rapport, le Secrétariat d'État à l'économie (SECO) a publié des prévisions conjoncturelles pour l'été 2014, qui indiquent que le développement des exportations reste malgré tout timide, en raison notamment de la progression encore irrégulière de la conjoncture internationale. La Direction des finances suit, bien sûr, ce développement avec attention. La région de Bienne-Seeland a le plus grand volume d'exportation du Canton et le principal bien d'exportation est constitué par l'industrie de la machine-outil, suivie par l'horlogerie.

Je comprends bien le souci de thématiser, aujourd'hui, également la question de la quotité d'impôts dans le cadre de ce rapport de gestion, même si un débat sur ce thème aura lieu dans le cadre du budget. La quotité d'impôts de la Ville de Bienne se situe en sixième position en comparaison régionale. Mais à Bienne, 4,3% des contribuables, avec des revenus dépassant 100'000 francs, contribuent à 23% des rentrées fiscales des personnes physiques. Ce nombre a doublé en 12 ans et se situe maintenant à 4,5%. Mais, le nombre de contribuables taxés à zéro a aussi augmenté et représente 23% des contribuables. Ces quelques précisions pour montrer combien il est important de trouver la formule magique entre l'attractivité du service public et l'attractivité dans le domaine fiscal. Madame Augsburg, j'informerai volontiers les groupes de la suite des travaux en relation avec la réforme de l'imposition des entreprises (RIE III). Les villes vont prochainement créer une conférence des directeurs des finances, qui aura comme objectif de devenir un des partenaires importants de la Confédération (une conférence des directeurs du domaine social existe déjà). Bienne fera partie du comité, avec Lausanne, Genève et d'autres villes importantes. Les risques financiers, Monsieur Grupp, ne sont effectivement plus dans ce rapport de gestion. Il a été décidé de les enlever car ce rapport se base sur les feedbacks donnés par les directions. Vous retrouverez les risques financiers dans le plan financier. Monsieur Freuler, vous avez remarqué, que la liste des terrains vendus par la Ville devient toujours plus longue. La Ville de Bienne vend des terrains, qui se situent à l'extérieur de la commune (Bütigen, Macolin, Scheuren) ou des petites parcelles, des routes, etc. L'achat du terrain derrière le Campus devrait en tout cas permettre de vous répondre dans ce sens.

**Direction de l'action sociale et de la sécurité**

**Scherrer Martin, GPK:** Dem Geschäftsbericht der Direktion Soziales und Sicherheit kann die GPK entnehmen, dass die Direktion vor allem die hohe Sozialhilfequote beschäftigt hat. Das Projekt "Trends brechen" wurde gestartet. Es wurden verschiedene Massnahmen definiert, die auch die GPK beschäftigt haben, beispielsweise sollen Sozialhilfebeziehende künftig ihre Mieten weitgehend selber bezahlen. Anderes, aktuelles Thema sind die Testarbeitsplätze. Der Kanton will sie nicht mehr finanzieren. Die Stadt Biel findet aber, es handle sich um ein erfolgreiches Programm. Aus dem Geschäftsbericht ist ersichtlich, dass 102 Personen mit dem Programm begonnen haben. 41 haben es erfolgreich absolviert, drei davon haben sogar während dieser Zeit eine Stelle gefunden. 44 Personen haben das Programm jedoch abgebrochen. Die Sozialhilfe konnte danach die finanziellen Unterstützungsbeiträge streichen. Aus Sicht der Steuerzahlenden konnte die Stadt Geld sparen. Leider wird nicht gesagt, warum die Leute das Programm abgebrochen haben, und was nachher mit ihnen geschehen ist. Aber es sieht doch so aus, als wäre das ein gutes Programm.

Beim Erwachsenen- und Kinderschutz stand die Einführung des neuen einschlägigen Gesetzes im Vordergrund. Die diesbezügliche Bilanz ist positiv. Offenbar müssen sich aber die Prozesse einspielen, und es wird ein bis zwei Jahre dauern, bis die Schnittstellenprobleme effizient gelöst sind.

Im Bereich Sicherheit ist aus Sicht der GPK der interessanteste Punkt, dass das Sicherheitskonzept von 2007 zu 90% umgesetzt ist. Die verbleibenden 10% können aus finanziellen oder organisatorischen Gründen wahrscheinlich nicht umgesetzt werden. Der Gemeinderat stellt Überlegungen zu weiteren Massnahmen an, wie auch zur Frage, aufgrund welcher Erkenntnisse Verbesserungen erzielt werden können. Im Bereich öffentliche Sicherheit gibt es auch interessante Kennzahlen zur SIP, zur Bevölkerungsstruktur, zu den Einbürgerungen usw. Die GPK dankt für diesen ausführlichen Bericht und die vielen interessanten Informationen.

**Cadetg Leonhard, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU:** Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU dankt für den Bericht und den gewährten Einblick. Besten Dank auch an den zuständigen Direktor für die rasche Beantwortung unserer Fragen. Aus dem Bericht geht hervor, dass in der Direktion Soziales und Sicherheit die Auffassung vertreten wird, Vieles könne mangels genügender Stellen nicht realisiert werden. Das ist keine gute Einstellung, sie wird aber auch nicht von der ganzen Direktion geteilt. Unsere Fraktion konnte sich selber davon überzeugen, dass schon heute ansatzweise geprüft wird, was mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen erreicht werden kann, wie priorisiert werden kann, um eine grösstmögliche Wirkung zu erreichen. Mit Wirkung ist beispielsweise gemeint, dass die zu unterstützenden Sozialhilfebeziehenden so rasch als möglich den Weg in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU wünscht sich, dass aus dem nächsten Bericht eine solche Haltung ersichtlich wird, weil sie realistisch ist und unserem politischen Willen zum wirkungsorientierten Einsatz von beschränkten Ressourcen entspricht.

Zu einzelnen Direktionen: Das Direktionssekretariat (Seite 61 des Geschäftsberichts 2013) hat viel gearbeitet. Die Stellenprozente wurden erheblich reduziert und auf

Oktober wird noch einmal eine volle Stelle wegfallen. Der Stellenetat wird auf 155-Stellenprozente gesenkt. Wurde von Seiten der BKS ähnlich gezielt vorgegangen? Wurden die administrativen Stellen dort insgesamt nach der Reorganisation auch substantiell reduziert? Die Intransparenz der Finanzflüsse der Fachstelle Arbeitsintegration (Seite 61 des Geschäftsberichts 2013) wird bekämpft. Ich habe mich selber anlässlich der Sitzung des Steuerungsausschusses zum Projekt Reorganisation FAI davon überzeugen können. Die transparentere Struktur und der nachvollziehbarere Abrechnungsmechanismus werden dafür sorgen, dass die aussergemeindlichen Mandate für Biel keinen Verlust zur Folge haben. Es scheint durchaus sinnvoll zu sein, die Verwaltung hie und da durch ein wenig grobe Entscheide - wie die Reduktion der Stellenprozente bei der FAI - zu motivieren. Unsere Fraktion wünscht sich allerdings, dass von Anfang an konstruktiv zusammengearbeitet wird, so dass kein solcher Schuss vor den Bug nötig ist.

Auf Seite 65 des Geschäftsberichts 2013 wird der Bieler Besuchstreff zu Erhalt, Aufnahme oder Wiederaufnahme der Beziehung zwischen Kind und Eltern beschrieben. Man denkt, der Treff koste sehr viel, weil er im Bericht so viel Raum einnimmt. Nach Auskunft der Direktion kostet er aber nach Abzug der Beiträge der übrigen Gemeinden nur rund CHF 5'500.

Über die SIP (Seite 69 des Geschäftsberichts 2013) wird der Stadtrat noch sprechen. Dort besteht eine ganz grundsätzliche Divergenz. Heute ist zum zweiten Mal von "Bürgerinnen- und Bürgerpflicht" die Rede. Für unsere Fraktion sind Hilfeleistungen Bürgerinnen- und Bürgerpflicht. Für den Sicherheitsdirektor handelt es sich dabei aber offenbar um eine Aufgabe des Staates. Darauf wird der Stadtrat noch zurückkommen. Zur Verkehrsüberwachung (Seite 71 im Geschäftsbericht 2013) frage ich nach meinem gestrigen Votum nicht erneut, warum das Bussenbudget nicht eingehalten werden konnte. Unsere Fraktion bittet aber den Sicherheitsdirektor, im Budget 2015 den immer noch stattlichen Betrag von CHF 4,9 Mio. einzustellen. Der Stadtrat kennt den Sicherheitsdirektor als jemanden, der nach bestem Wissen, Gewissen und Können handelt. Deshalb wäre es nicht nachvollziehbar, wenn der Gemeinderat ihm in diesem Punkt nicht folgen würde.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Der Geschäftsbericht 2013 ist sehr informativ. Ab Seite 62/63 denkt man beim Lesen "arme Stadt Biel". Offenbar haben fehlende Mittel gewisse Projekte gehemmt. Schade ist, wenn dadurch Projekte betroffen sind, die das Potenzial hätten, positive Veränderungen für alle zu bewirken. Im Rahmen des Teilprojekts "Trends brechen" konnte offenbar in einem Bereich das gewünschte Ziel erreicht werden. Im zweiten Bereich, der die Gesundheitskosten betrifft, konnte es hingegen nicht erreicht werden. Das ist schade, denn wenn durch die Überprüfung der Krankenkassenbeiträge nur 5% der CHF 15 Mio. eingespart werden könnte, wären das CHF 750'000. Es würde sich lohnen, diesen Bereich näher zu prüfen. Ein weiterer Aspekt im Bericht betrifft die Sicherheit. Biel hat an einer schweizweiten Studie zu den Chancen und Risiken im Bereich Sicherheit teilgenommen. Im Geschäftsbericht fehlen mir zu diesem Punkt die aus den Resultaten der Studie gezogenen Schlüsse. Der Ressourcenvertrag mit Police Berne ist gekündigt worden. Die sture Haltung des Kantons befremdet mich sehr. Lyss hat den Vertrag auch gekündigt. Unsere Fraktion hofft, dass man unter diesen Voraussetzungen wieder miteinander ins Gespräch kommt.

Zu den Bevölkerungsstatistiken: Es wohnen fast 55'000 Personen in unserer Stadt. Das ist nicht dem Zufall zuzuschreiben, sondern der Strategie, die der Gemeinderat seit Längerem verfolgt. Biel ist die zehntgrösste Schweizer Stadt. Es gibt immer wieder Bewohner, die in Leserbriefen ihrem Bedauern Ausdruck geben, dass Biel nicht mehr die gleiche Stadt ist wie vor ein paar Jahrzehnten oder vor ein paar Jahren. Es ist doch ganz normal, dass sich eine wachsende Stadt verändert. Es kann sicher sehr viel zum Image der Stadt Biel beigetragen werden, wenn wir nicht zuerst jammern sondern auch die Chancen einer Entwicklung berücksichtigen würden.

Für viele ist der Ausdruck "Multikultistadt Biel" eher ein Schimpfwort. Gestern Abend ist mir in den Sinn gekommen, dass die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft die multikulturellste Mannschaft an der WM ist. Biel reiht sich sehr gut in die neue Tradition dieser Schweiz ein. Ich habe mich deshalb gefragt, aus welchen Ländern eigentlich die Nicht-Schweizer in Biel stammen. Die meisten Ausländer stammen aus Italien. Das ist nicht verwunderlich und entspricht einer langen Tradition. Von den aussereuropäischen Bewohnern machen die Menschen aus Eritrea ein Prozent unserer Gesamtbevölkerung aus. Eritrea ist ein Land am Horn von Afrika, eines der Länder mit den prekärsten Menschenrechtsverhältnissen. Willkürliche Tötungen und Verhaftungen, Folter, Verfolgungen und Verschwinden von Personen sind an der Tagesordnung. Es gibt keine Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit in diesem Land. Wer im Ausland Asyl beantragt, wird nach der Rückkehr nach Eritrea deswegen inhaftiert. Bezüglich Handhabung der Pressefreiheit sind 179 Staaten erfasst. Eritrea befindet sich auf Platz 179. Den hier in Biel lebenden Eritreern ist es zu gönnen, dass sie in unserer Stadt einen sicheren Hafen geniessen dürfen.

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Danke für die freundliche Aufnahme des Geschäftsberichts und die lobenden und kritischen Worte. Der Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) ist es Anliegen, eine kontinuierliche Dienstleistung zu erbringen, die sich aber auch den neuen Herausforderungen anpassen kann. Die TAP (Testarbeitsplätze) sind vom GPK-Sprecher erwähnt worden. Das ist ein wertvolles Programm, das aufgrund der ASP-Massnahmen ab 1. Juli 2014 eingestellt wird. Es erlaubt unserer Direktion, zu prüfen, ob Sozialhilfebeziehende motiviert sind, ob sie überhaupt vermittelbar sind und ob sie die Sozialhilfe vielleicht gar nicht mehr benötigen, so dass ihr Dossier geschlossen werden kann. Die DSS hat mit dem Kanton eine Nachfolgelösung für das Programm gefunden, welches die Finanzen der Stadt Biel nicht übermässig belastet. So können wir - allerdings in einem sehr kleinen Umfang - mit dem wertvollen Programm weiterfahren. Die FAI (Fachstelle Arbeitsintegration) wird restrukturiert. Es sind auch Vertreter des Stadtrats im Lenkungsausschuss. Ich bin zuversichtlich, dass wir in der Zeit zwischen September und Ende Jahr sehen werden, wie es weitergeht, wie die neuen Strukturen aussehen. Die Herausforderungen sind nicht einfach zu bewältigen. Die Herren Cadetg und Grupp haben die Frage angesprochen, was mit den vorhandenen Ressourcen gemacht werden kann. Das ist tatsächlich immer ein Balanceakt. Auf der einen Seite muss die Stadtverwaltung mit der ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen Prioritäten setzen und versuchen, die Effizienz zu steigern. Dahinter stehe ich. Aber es gibt auch die andere Seite. Es ist wichtig, dass der Stadtrat das zur Kenntnis nimmt, vor allem richtet sich das an die bürgerlichen Vertreter: Es gibt auch Situationen, in denen es notwendig ist, Initialwirkungen zu erzielen und auch in Ressourcen zu investieren, will man etwas verändern. Das kann bedeuten, dass manchmal auch mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stehen müssen, wenn

man sich schnell und effizient weiterentwickeln will. Das hat die Stadt Biel bis anhin nicht getan. Aber es ist nicht auszuschliessen, dass sie im einen oder andern Fall künftig einen solchen Entscheid fällen wird. Gerade im Bereich der Sozialhilfe ist es wichtig, dass sich die DSS verstärkt, mit höherem Tempo und mehr Engagement voran gehen kann. Das ist allerdings im Moment eher eine theoretische Aussage.

Die Studie bezüglich Sicherheit, an der auch die Stadt Biel teilgenommen hat, wurde vorher auch erwähnt. Der Gemeinderat hat der DSS den Auftrag erteilt, bis Ende Jahr das Sicherheitskonzept aufgrund der Resultate dieser Studie und der Zeit, die seit dem letzten Konzept vergangen ist, neu zu überarbeiten und an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Danke noch einmal für die gute Aufnahme des Geschäftsberichts 2013. Ich werde die entsprechenden Rückmeldungen mit grosser Freude in meiner Direktion weitergeben.

### **Direction de la formation, de la culture et du sport**

**Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion:** La Commission de gestion remercie la Direction de la formation, de la culture et du sport pour ce rapport, qui couvre un département très large et très varié. J'ai simplement deux remarques: la Commission de gestion est impatiente, afin que le programme "schrittweise" passe aussi en français sous le nom de "petits pas", pour l'encouragement précoce des enfants issus de familles avec des difficultés de langue ou de culture. Ce programme aide par la suite à l'intégration de ces enfants dans les écoles de la Ville. La Commission de gestion a également remarqué, qu'il y a un nombre important de changements à la tête des établissements pour personnes âgées. Était-ce prévisible ou normal? Quelles sont les explications?

**Frank Lena, Fraktion Grüne:** Ich bedanke mich auch für den Bericht und für die von allen Beteiligten geleistete Arbeit. Es ist sehr begrüssenswert, dass die Alterspolitik der Stadt Biel weiter verfolgt wird. Mit den zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln macht der Gemeinderat etwas möglich, auch wenn das nicht zwingend das Wünschenswerte ist. Es ist schade, dass die Stelle einer Altersbeauftragten oder eines Altersbeauftragten bis anhin nicht besetzt werden konnte. Bei der Schulraumplanung möchte ich speziell das Projekt des geographischen Informationssystems hervorheben. Mit dessen Hilfe kann die Information über den Schulraum laufend aktualisiert und der Austausch zwischen den verschiedenen Abteilungen sichergestellt werden. Die Fraktion Grüne verspricht sich davon eine längerfristige und nachhaltige Schulraumplanung.

Zur Schulsozialarbeit: Die Auswertung des Pilotprojekts zur Schulraumplanung zeigt, dass das Angebot auch auf der Primarstufe sehr wichtig ist. Das erstaunt nicht weiter, weil bereits in diesem Alter Schwierigkeiten auftreten können. Wird rechtzeitig gehandelt, können Probleme oft vermieden oder gelöst anstatt aufgeschoben werden. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe, für die genügend Mittel und genügend Fachpersonen benötigt werden. Das ist unserer Fraktion ein grosses Anliegen.

**Steinmann Alfred, Fraktion SP:** Im 2013 wurde die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKS) reorganisiert. Sie ist heute im Kongresshaus untergebracht. Die Direktion hat alle 19 Schuleinheiten besucht. Das wurde sehr geschätzt. Sie hat



gegen den kurzfristigen Entscheid des Kantons, die Unterstützung des Quartiervereins Möösli und des AJZ aufzuheben, Beschwerde eingereicht. Tagesschulen wurden ausgebaut. Es wurden mehr als 600'000 Betreuungsstunden geleistet, das sind fast 2'000 Stunden pro Tag. 5'443 Kinder besuchten die Schulen. Die Direktion hat die Schulraumplanung vorangetrieben, und es wurden einige Bauprojekte geplant und realisiert. Man könnte hier noch viel über die Leistungen der BKS berichten, von der Alterskonferenz über die Kulturförderung bis hin zu den städtischen Betagtenheimen. Im Namen unserer Fraktion danke ich der Direktion und dem Personal herzlich. Die Fraktion SP ist überzeugt, dass hier sehr gute Arbeit geleistet wurde.

**Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport:** Merci pour les compliments adressés à mes collaborateurs et collaboratrices. Je transmettrai ces félicitations. "Schrittweise" est un projet important de l'encouragement précoce. Il s'agit d'accompagner les familles pour essayer de les faire progresser dans leur sensibilité à notre société et à ses exigences et notamment aux exigences de nos écoles. Ce programme existe en allemand depuis plusieurs années et je peux vous confirmer, qu'il existe maintenant aussi en français. Les changements de directions dans les établissements pour personnes âgées ont eu lieu tout à fait naturellement. Je prenais congé, ce midi, de la directrice du home du Parc de la Suze, Madame Monnier, qui part en retraite demain. Elle sera remplacée. Le directeur du home du Ried, après de nombreuses années d'engagement pour notre Ville, souhaitait trouver d'autres défis. Je regrette son départ, mais je peux le comprendre. Concernant le poste de délégué au troisième âge, ma direction a travaillé, en 2013, sur l'achèvement du projet d'étude sur la politique du troisième âge. Un rapport va être publié incessamment. La prochaine étape sera la question de la création de ce poste de délégué(e) au troisième âge. Le Conseil municipal y travaille pendant cette année 2014. Je partage votre avis sur l'importance du travail social scolaire. Le Canton de Berne s'est retiré d'une partie de ce travail social scolaire, à titre de mesures d'économies, notamment pour les années si importantes de l'école primaire. La Ville de Bienne, qui s'est aussi engagée à soutenir le travail social scolaire au niveau primaire, a maintenu ses soutiens. J'espère que la Ville pourra assumer ses responsabilités dans ce domaine, aussi à l'avenir.

### **Direction des travaux publics, de l'énergie et de l'environnement**

**Bohnenblust Simon, GPK:** Im Geschäftsbericht 2013 finden Sie eine kurze Zusammenfassung zum Energiestadt-Label. In jedem Bauprojekt ist davon die Rede. Bis ins Jahr 2020 wird der Stadtrat bei jedem Baugeschäft damit zu tun haben. Ausserdem ist ein Bericht zur Nachhaltigkeit geplant. Dann wird ein wichtiges Thema sein, wie das Energiestadt-Label sinnvoll umgesetzt werden kann.

Im Bereich Hochbau werden die vielen Schulhäuser erwähnt, welche in den letzten Jahren saniert worden sind.

Im Bereich Tiefbau nur ein paar Stichworte: Esplanade, Stades de Bienne, Beurivage, SBB-Station Bözingfeld.

Betreffend Kehricht und Abfall fällt auf, dass im letzten Jahr weniger Abfall angefallen ist. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass weniger Abfall produziert wurde, sondern auch darauf, dass einzelne Geschäfte den Abfall direkt entsorgen und nicht durch die Stadt Biel. Dank der verstärkten Nachforschung bei den illegalen Abfällen konnten diese um 10% reduziert werden. In 50% der Fälle konnten die Urheber allerdings nicht ausfindig gemacht werden. Das heisst, dass sich das Verhalten der Bevölkerung geändert hat, aber vielleicht nicht so, wie man sich das vorgestellt hat.

Zum Thema Sprayereien: Es werden nicht alle Sprayereien entfernt, die entfernt werden könnten. So wurden mehrere CHF 10'000 gespart.

Die GPK dankt dem Gemeinderat und seinen Mitarbeitenden, speziell der Direktion Bau, Energie und Umwelt für ihre Arbeit. Unsere Fragen werden beantwortet, auch wenn sie kurzfristig gestellt werden. Auch im letzten Jahr war die Direktion immer bereit zu Gesprächen.

**Löffel Christian, EVP:** Der Bericht der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) ist grundehrlich. Die Luft in Biel verbessert sich, überschreitet jedoch an gewissen Tagen immer noch die gesetzlichen Grenzwerte. Es gibt einen kommunalen Aktionsplan, um dem entgegenzuwirken. Die Abteilung Hochbau beschäftigt sich vor allem mit den Schulen. Im Bereich Unterhalt wurden CHF 1,34 Mio. in städtische Liegenschaften investiert, plus CHF 529'000 für die CTS SA. Ich habe mich gefragt, warum im Schulhaus Bözingen im Lehrerzimmer über das Unterhaltsbudget eine Cafeteria gebaut wurde. Vielleicht ist das Unterhalt der Lehrpersonen. Im Bereich Energiesparmassnahmen werden drei Projekte genannt: Einerseits die Sanierung der Wärmeerzeugung Walkermatte. Da werden die Brenner und alles, was sonst nötig ist, neu dimensioniert und weniger Reserven eingebaut. Früher wurden immer so viele Reserven eingebaut, dass sehr schlechte Wirkungsgrade resultierten. Der Ersatz des Haustechnik-Leitsystems wird im Bericht erwähnt. Beim erwähnten Holzfernwärmeverbund der Schulanlagen Battenberg, Sahlgut und Geyisried frage ich mich, was das mit Energiesparmassnahmen zu tun hat. Das gehört eigentlich in den Bereich "erneuerbare Energie". Ob damit Energie gespart wurde, weiss ich nicht. Ich persönlich wäre ohnehin dafür, mehr Geld in Energiesparmassnahmen zu investieren als in erneuerbare Energien. Im öffentlichen Raum hat es 8000 Bäume. Die Stadtgärtnerei unterhält eine Million Quadratmeter Grünfläche. Interessant scheint mir auch, dass die Stadt Biel für die Entsorgung von Altglas bezahlen muss. Schweizweit gibt es zwei Hersteller von Glaswolle (Wärmedämmung). Sie kostet zwar fast nichts, auf jeden Fall nicht soviel wie sie wert ist. Es erstaunt mich trotzdem, dass man für die Entsorgung des für deren Herstellung nötigen Materials bezahlen muss. Ich will der Frage, ob es da nicht andere Möglichkeiten gäbe, noch nachgehen.

Noch kurz etwas, das nicht direkt mit dem Geschäftsbericht, aber mit der BEU zu tun hat: Gestern konnte ich beobachten, dass im Schulhaus Châtelet die Container für die provisorischen Schulräume geliefert wurden. Mir ist aufgefallen, dass die verwendete Wärmedämmung in der Schweiz nicht verkauft wird. Die Lastwagen, welche die Container angeliefert haben, waren aus Tschechien. Könnte die BEU solche Container nicht in der Schweiz beschaffen? Alleine der Transport aus Tschechien braucht Energie, was Biel als Energiestadt viele Minuspunkte einbringen dürfte. Es ist weder nachhaltig noch ökologisch. Die Stadt muss in diesem Bereich Verantwortung übernehmen, auch wenn sie deswegen vielleicht aufgrund der GATT-

Übereinkommen, resp. der öffentlichen Submissionsvorschriften einmal gerügt werden sollte. Es gilt genauer hinzuschauen. Der Stadtrat entscheidet, was hier geschehen soll, und nicht irgenwelche PolitikerInnen aus Brüssel.

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich spreche hier nicht für die SP sondern in eigener Sache: Bei den Altpapier-, Altglas- und Altmetallsammlungen nimmt die Menge ab. Ich selber sammle Alubüchsen, die ich auf der Strasse finde. Gestern habe ich auf dem Weg hierher und zurück nach Hause 21 Büchsen gesammelt. Vor einem Jahr wären es höchstens 10 gewesen. Zumindest beim Alu würde ich somit mit einer Erhöhung der Abfallmenge um den Faktor 50 rechnen. Laut Geschäftsbericht 2013 wurden in der Stadt Biel aber 4 bis 5% weniger eingesammelt. Kann mir das jemand erklären?

**Briechle Dennis, GLP:** Ich habe vorhin am oberen Ende des Rathausgässlis eine ganz neue Einbahn-Tafel gesehen, die auch für Velos keine Ausnahme zulässt. Ist es neuerdings Politik der Stadt Biel, den Langsamverkehr nicht mehr zu bevorzugen?

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Danke für die Würdigung unserer Arbeit, vor allem auch der Arbeit meiner Mitarbeitenden. Es war für uns ein interessantes Jahr. Ich danke der GPK für die von ihr hervorgehobenen Aspekte und die gute Zusammenarbeit. Die Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) ist froh über die Fragen der GPK und den regen Austausch. Herr Löffel hat bemerkt, dass die BEU vor allem für die Besteller baut und saniert. Es handelt sich dabei meistens um Gebäude des Verwaltungsvermögens. Das Verwaltungsvermögen besteht zum grössten Teil aus den Schulen. Es gehören aber auch Gebäude für kulturelle Nutzungen dazu. Die Gebäude, welche die CTS SA bewirtschaftet, machen ebenfalls einen grossen Teil aus. Im Bereich Hochbau arbeitet die BEU deshalb eng mit den Schulen und mit der CTS SA zusammen, um auf die Bedürfnisse der Nutzenden eingehen zu können. Ich weiss nicht genau, wie es zu dieser Cafeteria in Bözingen kam. Ich werde dieser Frage noch nachgehen. Herr Löffel hat bemerkt, dass Fernwärme unter Energieeffizienz aufgeführt ist. Das ist tatsächlich falsch. Darunter wird nämlich der Ersatz von fossiler Wärme durch erneuerbare Wärme verstanden. Wahrscheinlich müssten wir den Titel "Energieeffizienz" ändern, damit auch die Projekte für erneuerbare Energien darin aufgeführt werden können. Die Stadtverwaltung wird bis spätestens nächsten Frühling drei Bieler Schulhäuser an die Holzheizung des grossen Fernwärmeverbundes anschliessen können. Ich bin mit Herrn Löffel in dem Sinne einig, dass diejenigen Kilowattstunden, die nicht gebraucht werden, die besten sind. Der Stadtrat hat ja gerade gestern beschlossen, im Kremationsbereich weitere Kilowattstunden einzusparen. Grundsätzlich beachten alle BEU-Sanierungsgeschäfte auch den Energieaspekt, denn Sanierungen sind meistens Gebäudesanierungen, die zu einem geringeren Energieverbrauch führen.

Zu den Provisorien für das Schulhaus Châtelet: Ich muss gestehen, dass ich nicht wusste, dass die Container aus Tschechien geliefert wurden. Ich werde das abklären, auch ich finde das stossend.

Herr Baltzer, herzlichen Dank für die Unterstützung unserer Arbeit. Es ist allgemein festzustellen, dass weniger Abfall gesammelt wurde als im Vorjahr, auch weniger Altpapier. Hingegen übersteigt die Menge gesammelten Altmetalls und -glases diejenige des Vorjahrs.

Herr Briechle, ich muss abklären, wie sich das mit dem neuen Signal am oberen Ende des Rathausgässlis verhält und werde Ihnen per Mail antworten. Danke noch einmal für die gute Aufnahme des Berichts. Ich werde Ihren Dank meinen Mitarbeitenden weiterleiten, die gerne bei der BEU arbeiten.

**Suter Daniel, président du Conseil de ville:** Pour terminer nous allons passer au vote le rapport de gestion 2013 de l'Administration municipale.

#### **Vote**

**Le rapport de gestion 2013 de l'Administration municipale est approuvé.**

#### **121. Motivation de l'urgence de l'interpellation 20140190, Salome Strobel, Fraktion SP, "État du projet d'assainissement durable des finances communales en vue du budget 2015"**

**Strobel Salome, Fraktion SP:** Im Rahmen des Budgetprozesses hat der Gemeinderat mehrfach darauf hingewiesen, dass das Projekt "Nachhaltige Haushaltsanierung" bereits Einfluss auf das Budget 2015 haben wird. Leider haben die Stadtratsmitglieder seit der Budgetdebatte dazu keine Information mehr erhalten. Damit wir uns in den Fraktionen fristgerecht auf die Budgetdebatte im Herbst vorbereiten können, möchten wir wissen, wann die Fraktionen informiert werden, und wie weit der Prozess fortgeschritten ist. Da das rasch geschehen muss, bitte ich Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen.

**L'urgence est accordée.**

#### **122. Motion d'ordre**

**Wiher Max, GLP:** Ich beantrage, dass wir - wie üblich - um 20 Uhr eine Pause machen. Ich möchte auch, dass der Stadtrat künftig wieder am Anfang der Sitzung darüber informiert wird, ob eine Pause vorgesehen ist oder nicht.

#### **Vote**

**La motion d'ordre est acceptée.**

**Interruption de la séance: 20h00 - 21h00**

### 123. Rapport d'activités 2013 de la Commission de gestion

**Sutter Andreas, GPK:** Ich vertrete hier die GPK, weil ich in der Periode, über die hier Bericht erstattet wird, deren Präsident war. Danke den Kollegen und Kolleginnen für die sehr gute Zusammenarbeit. Danke auch dem Ratssekretariat für die immer sehr präzisen Protokolle der Sitzungen, Verwaltungsbesuche usw. Das sind heikle Protokolle, die jedoch immer sehr präzise und gewissenhaft abgefasst sind. In Biel ist die GPK auch die Finanzkommission und hat somit auch die Finanzaufsicht. Eine Delegation der GPK hat im Berichtsjahr das Stadtmarketing und den Erwachsenen- und Kinderschutz besucht. Über die Besuche hat sie dem Gemeinderat Bericht erstattet und gewisse Punkte besonders hervorgehoben. Die GPK hat im vergangenen Jahr etwas mehr als 60 Berichte geprüft und darüber rapportiert. Sie hat im Weiteren diverse Abrechnungen genehmigt. Auch die Auswahl des externen Revisionsorgans war ziemlich arbeitsintensiv. Gewählt wurde die Firma BDO Visura, welche auch den Revisionsbericht zur Rechnung erstellt hat. Das Budget hat die GPK mehr beschäftigt als in anderen Jahren, weil es vom Volk ein erstes Mal abgelehnt wurde, so dass zwei Budgetrunden gedreht werden mussten. Die GPK hat die Finanzdirektion sowohl bei der Analyse des Abstimmungsergebnisses als auch bei der Erarbeitung des neuen Budgets unterstützt, so dass dieses schlussendlich eine Mehrheit fand. In dem Sinne auch besten Dank an den Gemeinderat und an die Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Die GPK hat immer offene Türen angetroffen.

#### **Vote**

Le Conseil de ville **prend connaissance** du Rapport d'activités 2013 de la Commission de gestion.

### 124. Rapport d'activités 2013 de la Commission PPP

**Kaufmann Stefan, PPP Kommission:** Die PPP-Kommission ist keine Baukommission. Sie begleitet also nicht den Bau der Stadien, sondern sie ist eine stadträtliche Begleitkommission. Am 5. September 2013 wurde der Grundstein für den Bau der Stadien gelegt, seither wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Arbeiten gehen planmässig voran, nicht zuletzt wegen der günstigen Witterung. Die Kommission hat sich letztes Jahr zwei Mal getroffen. Sie erhielt Einblick in den Baurechtsvertrag und in die Nachträge, konnte die Vereinbarungen bezüglich Mit- und Stockwerkeigentum und auch den Nachtrag des Totalunternehmervertrags einsehen. Das Anliegen der Kommission, dass ein externer Vertreter der Bauherrin (Stadt Biel) den Bau begleitet, wurde umgesetzt. Deshalb darf davon ausgegangen werden, dass die von der Stadt Biel eingekauften Leistungen auch tatsächlich erbracht werden. In der zweiten Kommissionssitzung ging es um die NASAK-Gelder (Nationales Sportanlagekonzept). Auch dazu wurde die Kommission ausführlich informiert. Über das Betriebskonzept der CTS werde ich nächstes Jahr berichten, weil unsere Kommission erst 2014 darüber befunden hat. Die PPP-Kommission dankt der gemeinderätlichen Delegation für die umfassende und offene Information und für die

gute Zusammenarbeit. Sie dankt auch dem Ratssekretariat für die Unterstützung und dem Stadtrat, für die Kenntnisnahme des Berichts.

## **Vote**

Le Conseil de ville **prend connaissance** du Rapport d'activités 2013 de la Commission PPP.

### **125. 20140087 Contrôle des prestations 2013 de la société CTS S.A.**

**Bösch Andreas, GPK:** Die Zahlen der CTS SA im 2013 sind erfreulich. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. In diesem Jahr subventionierte die Stadt Biel die CTS SA mit CHF 420'000. Das ist noch weniger als im Vorjahr und das beste Ergebnis in den 16 Jahren, in denen es die CTS SA gibt. Vor allem angesichts der schwierigen Bedingungen ohne den Kongresshausparkplatz ist das sicher ein sehr gutes Resultat.

Die GPK möchte zwei Punkte aus dem Geschäftsbericht besonders hervorheben: Die CTS SA hat 2013 ein Bewerbungsdossier für den Betrieb der Stades de Bienne ausgearbeitet. Der Hirschensaal - in den letzten Jahren immer wieder ein Thema - fiel per 1. Januar 2014 weg und ging wieder auf die Stadt Biel über. Ab Februar 2014 nutzt die Zirkusschule Tocati die Lokalität. Wie in jedem Jahr gab es bei der CTS SA gewisse Verschiebungen in den einzelnen Bereichen. Beispielsweise beim Strandbad oder bei den Eisfeldern sind die Zahlen stark witterungsabhängig. Gerade bei den Eisfeldern stellt man jedoch eine Trendwende fest: Nach einigen Jahren mit rückläufigen Zahlen ist jetzt eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Das freut uns sehr. Die GPK kann Ihnen nur die Kenntnisnahme des Leistungscontrollings CTS SA 2013 empfehlen, weil der Stadtrat nicht darüber abstimmt.

**Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU:** Es wurde bereits erwähnt, dass die CTS SA das beste Ergebnis seit 16 Jahren erreicht hat: Damals wurde die Casino Palace Biel AG in die CTS Infrastruktur AG umgewandelt. Damit war ein Aufgabenwechsel verbunden und auch organisationsintern wurde viel umstrukturiert.

Auf Seite 16 des Jahresberichts der CTS SA liest man im Zusammenhang mit dem Kongresshaus - Hochhaus: *"Trotz der guten Entwicklung gilt es festzuhalten, dass das Hochhaus bezüglich Inneneinrichtungen und sanitäre Anlagen veraltet und sanierungsbedürftig ist."* Was ist hier geplant?

Auf Seite 27 des Berichts sind die drei Posten Aufwand Stades de Bienne, ausserordentlicher Ertrag und ausserordentlicher Aufwand ausgewiesen. Ich stelle gewisse Abweichungen fest. Insbesondere beträgt der ausserordentliche Ertrag statt den budgetierten CHF 280'000 nur CHF 50'000 und der ausserordentliche Aufwand statt der budgetierten CHF 0 fast CHF 200'000. CHF 100'000 wurden mit Rückstellungen für die Stadien begründet. Wofür sind die restlichen CHF 100'000 vorgesehen?

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Ich danke der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden der CTS SA für das gute Resultat, das - wie bereits erwähnt - das beste seit ihrem 16-jährigen Bestehen der CTS SA ist. Dieses Resultat ist nicht selbstverständlich. In den letzten Jahren musste Verschiedenes geändert werden, beispielsweise ist die CTS SA aus der Gastronomie ausgestiegen. Eine Zeit lang wurde versucht, die Gastronomie selber zu betreiben und so die Erträge zu verbessern. Es hat sich aber gezeigt, dass sich die CTS SA besser auf ihr Kerngeschäft, den Betrieb der Infrastruktur, beschränkt und keine Annexbetriebe unterhält. Diese Lösung brachte nachhaltigen Erfolg. Als die CTS SA vor 16 Jahren ins Leben gerufen wurde, war die Situation völlig anders. Noch gab es die Casino Palace Biel AG mit völlig anderen Finanzströmen. Nachher kam eine Übergangsphase mit dem Centre CTS SA, als das Kongresshaus renoviert wurde, und es war viel Aufbauarbeit nötig. Ich bin froh, dass sich die CTS SA stabilisiert hat und in ruhigere Fahrwasser gelangt ist. Eislaufsport ist ein schwankendes, vom Wetter abhängiges Geschäft und leider in den letzten Jahren tendenziell rückläufig. Das heutige Ausseneisfeld ohne Dach kann bei Regen und Schnee nicht genutzt werden. Auch wenn die Sonne scheint, kann die Eisfläche nicht genutzt werden, weil dann Wärme von der Curlinghalle abstrahlt und das Eis zum Schmelzen bringt. Die CTS SA verspricht sich von den Stades de Bienne, wo das Trainings- und Freilaufeisfeld gedeckt sein wird, eine Verbesserung. Es wird sich zeigen, dass der Ersatz der Eissportanlagen nicht nur für die grossen Clubs, sondern auch für den Breitensport einen Nutzen haben wird. Die CTS SA hofft, dass dann wieder mehr Schulen die Eisbahn besuchen. Herr Bohnenblust hat richtig festgestellt, dass die Casino Palace Biel AG in die CTS Infrastruktur AG umgewandelt wurde. Damit ist auch dargetan, dass sich Biel keine Chancen ausrechnet, in absehbarer Zeit wieder zu einer Casinolizenz zu kommen. Ich finde das eher bedauerlich, weil die Stadt Biel so in 5 Jahren zu CHF 24 Mio. gekommen ist und dieses Geld nicht bei den Steuerzahlenden eintreiben musste. Das Geld kam von Personen, die Freude am Spielen hatten. Ich weiss, dass das moralisch-ethisch umstritten ist. Im Rahmen der Finanzdebatten wird der Gemeinderat jedoch immer wieder aufgefordert, kreativ nach Einnahmen zu suchen. Die Casino Palace Biel AG war eine solche Einnahmemöglichkeit. Und nur dank einer "schwarzen Allianz" (Frau Bundesrätin Metzler spannte mit dem Kanton Jura zusammen), wurde der Entscheid für Courrendlin und gegen Biel gefällt. Vor 5 oder 6 Jahren gab es eine neue Runde für Lizenzen. Damals kam aber Neuenburg in den Genuss. Der Gemeinderat hat erkennen müssen, dass er da nicht weiterkommt.

Für die Stades de Bienne konnte die Stadt eine Lösung finden, um nur eine Energieerzeugungsanlage zu realisieren anstatt zwei getrennte, einerseits für die Mantelnutzung und andererseits für den Sport. Die CTS Infrastruktur AG wird die gesamte Anlage erwerben und auch betreiben. Entsprechend wird sie die Energie an die Nutzer abgeben können. Damit können Synergiegewinne erzielt und insgesamt das Ergebnis für die Stadt verbessert werden.

Zum Hochhaus: Die Geschäftsleitung der CTS SA findet das Hochhaus etwas verstaubt und abgenutzt. Ehrlicherweise kann das nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Aber das Haus ist denkmalgeschützt. Man kann also nicht irgendetwas einbauen. Und die Anlagen sind durchaus noch funktionsfähig. Und da die Stadt Biel beim Investieren Prioritäten setzen muss, werden die noch funktionsfähigen Anlagen im Moment nicht ersetzt. Es ist also derzeit nichts Konkretes geplant, Herr Bohnenblust. Die Direktion Bau, Energie und Umwelt kontrolliert das Kongresshaus

mit einem Brandversicherungswert von gegen CHF 100 Mio. ständig. Die Decke ist immer noch die grösste frei hängende Decke in Europa. Das stellt auch statisch-technisch eine Herausforderung dar. Somit gibt es ständig etwas zu tun.

Zu den Zahlen der Buchhaltung: Die Aufwendungen für die Stades de Bienne sind zwei Positionen von je rund CHF 90'000. Die eine betrifft die externe Projektbegleitung. Dabei galt es unter anderem, das Gastrokonzept mit seinen rechtlichen Eckpunkten auszuarbeiten. Auch wurde das Raumprogramm optimiert und eine Benchmark-Studie für die Festlegung der Eismietkosten durchgeführt. Die andere Position von CHF 90'000 umfasst interne Aufwendungen für die Stadien, die aus Gründen der Rechnungslegung dem ausserordentlichen Aufwand oder den Rückstellungen belastet werden. Herr Bohnenblust hat nach den weiteren ausserordentlichen Aufwendungen gefragt: Einerseits wurde eine Abgrenzung zum Volkshaus vorgenommen, denn der Saal stand in der Vergangenheit nicht immer zur Verfügung. Es waren immer wieder gewisse Optimierungen nötig. Andererseits wurden Rückstellungen für die voraussichtlichen Ausfälle im Saalgeschäft Kongresshaus wegen der fehlenden Parkplätze gemacht. Bis jetzt hat die Stadt Biel deswegen aber kein Geschäft verloren. Gewisse Veranstaltungen wie beispielsweise die Generalversammlung der Swatch Group SA haben dieses Jahr im Kanton Solothurn stattgefunden. Aber das hat nichts mit den Parkplätzen zu tun. Schon vor einem Jahr war der Parkplatz eine Baustelle. Die Generalversammlung der Swatch Group SA fand trotzdem in Biel statt. Im Moment gehen wir davon aus, dass die getätigte Rückstellung dieses Jahr nicht beansprucht werden muss. Aber die Baustelle wird auch nächstes und übernächstes Jahr noch da sein. Vielleicht werden wir die Rückstellung also dann noch brauchen. Es gibt zudem diverse kleine Positionen unter CHF 20'000, die hier nicht aufgelistet sind. Herr Bohnenblust hat noch nach den Gründen für die Abweichungen vom Budget gefragt: Betriebswirtschaftlich ist es normal, dass Veränderungen, wie beispielsweise der Übergang vom heutigen Eisstadion zu den Stades de Bienne, Vorbereitungsarbeiten erfordern. Es gibt auch gewisse Abstimmungsbedürfnisse. Im Zwischenjahr 2013 sollten Rückstellungen gebildet werden, sofern es das Geschäftsergebnis zulässt. Erfreulicherweise war das möglich. Beim Budgetieren lässt sich das nicht vorhersehen. Deshalb auch die Abweichung. Auch bei den Entnahmen wird der eine oder andere Posten dem normalen Aufwand belastet, wenn das Geschäftsjahr positiv ausfällt. Nur wenn das nicht möglich ist, entnimmt man die Mittel den Rückstellungen.

## **Vote**

Vu le rapport du Conseil municipal du 2 avril 2014 concernant le "Contrôle des prestations 2013 de la société CTS S.A." et s'appuyant sur l'art. 7 du contrat de prestations avec bail à ferme conclu entre la Commune municipale de Bienne et la société Congrès, Tourisme et Sport S.A. en date du 19 mars 2009, le Conseil de ville **arrête:**

Il est pris connaissance du rapport sur le contrôle des prestations 2013 de la société CTS S.A.



## 126. 20140112 Transports publics biennois (TPB) / Rapport de gestion et compte annuel 2013

**Bohnenblust Simon, GPK:** Das letzte Jahr stand im Zeichen spezieller Herausforderungen für die Verkehrsbetriebe Biel (VB), beispielsweise das seeländische Turnfest und die Baustelle Blumenrain. Es wurden rund 0,3% mehr Fahrgäste mit dem öV transportiert. Gewisse Umstrukturierungen im Personalwesen, beim Human Resources (HR) Management und bei den HR-Business Partnern, welche u.a. alltägliche operative Ausgaben übernehmen, sind geplant. Die Rechnung schliesst mit einem Gewinn von rund CHF 310'000 ab. Der Grundauftrag wurde erfüllt. Ein kleiner Wermutstropfen: Die CO<sub>2</sub>-Bilanz wurde auch dieses Jahr im Geschäftsbericht nicht aufgeführt. Vielleicht gibt es einen Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Biel. Diese CO<sub>2</sub>-Bilanz könnte darin aufgenommen oder im nächsten Geschäftsbericht der VB behandelt werden. Der Stadtrat hat vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

**Gugger Reto, Fraktion BVP/CVP/BDP:** Unsere Fraktion begrüsst es, dass im Jahresbericht auch die Unzufriedenheit des Personals und die Übergriffe von Fahrgästen auf Mitarbeitende thematisiert wurden. Hingegen fanden wir keine Angaben zu den Schwarzfahrenden, zur Anzahl durchgeführter Kontrollen, zur Höhe der Bussen und zu den daraus resultierenden Debitorenverlusten. Zum Thema Nachhaltigkeit habe ich eine Idee: Es könnte beim Busdepot an der Bözingenstrasse eine Velospotstation installiert werden, damit die Buschauffeure zum Antritt ihrer Schicht mit dem Velo anfahren und nach Schichtende wieder mit dem Velo nach Hause fahren könnten.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP:** Es ist erfreulich, dass die VB mit einem Plus abgeschlossen haben. Das war nicht immer so. Auf Seite 3 des Geschäftsberichts wird über die Integration in den Libero-Tarifverbund berichtet. Es mussten offenbar rechtliche Barrieren überwunden werden. Um was für Barrieren handelte es sich? Waren gewisse Anforderungen noch nicht erfüllt? Was hat die Integration in den Tarifverbund für finanzielle Konsequenzen für die Verkehrsbetriebe?

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Die VB haben in gewissen Jahren Verluste gemacht. Aber sie bewegen sich in einem extrem regulierten Markt und müssen die vom Kanton bestellten und abgegoltenen Grundangebote des öffentlichen, nicht touristischen Verkehrs (Linien des Orts- und Agglomerationsverkehrs) pflichtgemäss erbringen. Die Unternehmung ist grösstenteils stabil. Aufgrund der wegen des eidgenössischen Turnfests bestellten Zusatzangebote und der vereinbarten Preise konnten Mehreinnahmen verbucht und Reserven gebildet werden. Die VB sind zudem bei der Ausschreibung der Linie 74 nach Worben und Lyss unterlegen. Ansonsten sind die VB jedoch bezüglich Angebot und Bestellungen auf Kurs. Gleichzeitig ist das auch die Antwort auf die Frage nach den finanziellen Risiken im Zusammenhang mit dem Tarifverbund Libero. Es gibt keine Risiken. Der Kanton bestimmt das Angebot und gestützt auf die Berechnung der VB das Entgelt dafür. Die Abgeltung erfolgt dann aus dem Tarifverbund Libero. Für die Kunden gibt es allerdings Veränderungen. Seit der Abschaffung der Billeteure - vor 44 Jahren - galt das Stadtnetz inklusive Nidau immer als eine Zone. Mit dem Anschluss an den Tarifverbund Libero wird das nicht mehr möglich sein. Der Kanton wird das als Besteller entscheiden. Das führt dazu, dass gewisse Strecken innerhalb der Stadt

etwas teurer werden, während gewisse Agglomerationsverbindungen günstiger und auch attraktiver werden. Die VB verhandeln mit dem Tarifverbund Libero über Abfederungsmassnahmen, damit sich die Preise auf dem Stadtgebiet nicht allzu ungünstig entwickeln. In Biel wird immer wieder kritisiert, dass der Modalsplit schlecht ist. Die öV-Nutzung in Biel ist tatsächlich massiv schlechter als in Bern oder Thun. Auch in der Agglomeration wird der öV viel weniger genutzt als andernorts. Tendenziell ist Biel also autofreundlicher als der südliche Kanton. Im Agglomerationsverkehr sind die Angebote tarifarisch zu kompliziert und deshalb wenig attraktiv. Das weiss man aus andern Tarifverbundgebieten. Je einfacher die Billetstruktur, desto mehr wird der öV genutzt. Die Integration in den Tarifverbund Libero dürfte also zu einer Verbesserung des Modalsplits führen.

Zum Thema Schwarzfahren gibt es Statistiken, die jederzeit bei der VB eingesehen oder bezogen werden können. Ich kann sie nächstes Jahr auch dem Stadtrat vorlegen lassen, wenn Sie, Herr Gugger, es mir früh genug sagen. Beim Schwarzfahren ist nicht der - nicht sehr hohe - Bussenertrag wichtig. Wichtig ist der präventive Effekt. Die Kunden müssen jederzeit mit einer Kontrolle rechnen. Und der präventive Effekt funktioniert. Dazu gibt es ein Controlling.

Über eine Velospotstation kann ich gerne einmal mit dem Direktor der VB diskutieren. Es wäre selbstverständlich vorbildlich, wenn die Buschauffeure mit dem Velo zur Arbeit kämen, wenn noch keine Busse fahren. Die Realität ist anders, und wir sind immer noch ein freies Land, in welchem jede/jeder das von ihr/ihm bevorzugte Verkehrsmittel brauchen darf.

Zum Nachhaltigkeitsbericht: Der Verwaltungsrat hat sich entschieden, 14 Jahre nach der Ausgliederung den ganzen Geschäftsbericht umzustellen. Der neue Bericht wird das Thema Nachhaltigkeit enthalten. Ich warne aber vor übermässigen Hoffnungen: Will man mehr als der Kanton verlangt, muss dies die Stadt bezahlen. Für die VB liegt das nicht drin, und die Stadt Biel kann das nicht subventionieren. Die Gasbusse in Bern hat Energie Wasser Bern (EWB) bezahlt. Der EWB hat eine Tankstelle bauen lassen und auch einen substanziellen Beitrag an die Fahrzeugflotte geleistet. Hat man keinen solchen Sponsor, muss man sich an die kantonalen Vorgaben halten. Nur die daraus resultierenden Kosten können für die Abgeltung geltend gemacht werden. Nächstes Jahr steht eine Autobusbeschaffung an. Die Frage ist noch offen, ob eine alternative Antriebstechnik gewählt wird. Vor zwei Jahren besass die Stadt Biel einen weissen Hybridbus. Auf den Linien am Berg hatte dieser Bus aber grosse Mühe. Es ist somit schwierig, eine Flotte zu unterhalten, bei der nicht alle Fahrzeuge überall einsetzbar sind, weil es solche für "Bergstrecken" und solche für "Flachstrecken" gibt. In Anbetracht des heutigen Stands der Hybridtechnik ist es deshalb unwahrscheinlich, dass solche Fahrzeuge angeschafft werden.

Zu den rechtlichen Barrieren: Es ging um die Ausschreibung der Billetautomaten, welche für den Tarifverbund Libero notwendig sind. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens gab es eine Einsprache, zudem kehren die VB mit dem Tarifverbund Libero zurück zur Stempelkarte.

**Vote**

Vu le rapport du Conseil municipal du 7 mai 2014 concernant "Transports publics biennois (TPB) / Rapport de gestion et compte annuel 2013", et s'appuyant sur l'art. 12, al. 3 du Règlement du 26 novembre 2000 sur la création de l'entreprise municipale autonome de transport de Bienne (RDCo 764.0), le Conseil de ville de Bienne **arrête**:

Il est pris connaissance du compte annuel (rapport de révision inclus) et du rapport de gestion 2013 des Transports publics biennois (TPB).

**127. 20140125 Contrôle des prestations 2013 de la société Parking Bienne S.A.**

**Strobel Salome, GPK:** Die Ergebnisse der Parking Biel AG sind durchwegs erfreulich. Für die umsichtige Parkplatzbewirtschaftung hat die mit der Führung der Parkhäuser betraute Pächterin (APCOA AG) grossen Dank verdient. Alle drei Parkings haben ihren Umsatz markant gesteigert. Lobenswert ist, dass es der APCOA AG gelungen ist, trotz der sich in unmittelbarer Nähe befindenden Konkurrenz einen Umsatzeinbruch zu verhindern. Das Altstadtparking hat die Bauphase hinter sich und verzeichnet ebenfalls eine genügende Auslastung. Mit Freude hat die GPK festgestellt, dass neu im Bericht der Verwaltungsrat namentlich aufgeführt ist. Im Namen der GPK danke ich der Parking Biel AG für den Geschäftsbericht.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Il est en effet très réjouissant que la société Parking S.A. boucle avec un bénéfice net de 383'000 fr. L'augmentation de l'utilisation des parkings est réjouissante, même si la construction du parking de la Vieille-ville n'est pas encore terminée. L'offre des places de stationnement à longue durée n'est pas encore assez connue et plusieurs locaux commerciaux situés en-dessus du parking sont encore vides. J'espère, que l'offensive commerciale de la société Turidomus, à qui appartiennent les bâtiments, lancée ces derniers jours pour occuper les locaux, aura du succès. Les caisses automatiques, notamment celle du parking de la Gare ont été sujette à des critiques. Elles ont été réparées en 2014 à des moindres frais et seront remplacées prochainement. L'appel d'offre a abouti à l'attribution du mandat à l'entreprise von Ballmoos, qui s'occupera d'équiper tous les parkings de la Ville. Le grand chantier du parking de l'Esplanade a pu débuter, après l'assainissement du sol. Il se déroule selon les délais et dans les cadres financiers prévus. J'espère, que ce parking sera prêt en 2015.

**Vote**

S'appuyant sur l'article 9 du Règlement concernant la société Parking Bienne S.A. (RDCo 761.6), le Conseil de ville de Bienne **arrête**:

Il est pris connaissance du rapport du Conseil municipal du 14 mai 2014 concernant l'exécution des tâches confiées à la société Parking Bienne S.A. conformément au Règlement concernant la société Parking Bienne S.A.

**128. 20140113 Rapport d'activité 2013 d'Energie Service Biel/Bienne**

**Scherrer Martin, GPK:** Das Format des Tätigkeitsberichts des Energie Service Biel/Bienne (ESB) und auch die darin abgebildeten Zahlen sind sehr repräsentativ. Auch im ersten Jahr nach der Auslagerung verzeichnet der ESB eine stabile Gewinnsituation, sogar leicht besser als im Vorjahr. Er leistete erneut einen schönen Beitrag an das Rechnungsergebnis der Stadt Biel. Die GPK bedauert nur, dass die Revision der ESB-Rechnung erst nach der Rechnungslegung der Stadt Biel erfolgte. Insofern erwartet die GPK, dass im nächsten Jahr die Zahlen des ESB vorliegen, wenn die Rechnung der Stadt Biel revidiert wird. Der Gemeinderat hat die Verspätung mit der Umstellung der Rechnungslegung auf den Swiss GAAP FER-Standard begründet. Dadurch verfügt der Stadtrat über weniger Kennzahlen als im Vorjahr. Auch das wird mit der Umstellung begründet. Die Zahlen sind nicht mehr direkt vergleichbar, weshalb auch die GPK keinen Vergleich mit 2012 ziehen kann. Der ESB prüft jedoch, ob dem Stadtrat nächstes Jahr wieder einen Vergleich mit dem Vorjahr geliefert werden kann.

Auf Seite 2 des Tätigkeitsberichts 2013 hat die GPK einen kleinen Übersetzungsfehler bemerkt: Die Übersetzung von Glasfaser ist nicht "*fibres de verre*" sondern "*fibres optiques*". Auf Seite 13 des Berichts ist die Übersetzung aber korrekt. Das zeigt, dass die GPK wieder über ein französischsprachiges Mitglied verfügt. Die GPK empfiehlt Ihnen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Auch die Grünen haben den Bericht mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen. Uns hat gefreut, dass die Arbeitsbedingungen als "mehr als zufriedenstellend" bewertet werden. Unsere Fraktion hofft, dass das wirklich der Realität entspricht. Gefreut hat uns auch die Umstellung auf das Produkt "Standard" mit 100% erneuerbarer Energie. Schön ist auch, dass die Umstellung auf so positives Echo gestossen ist. 90% der Privatkunden und ein grosser Teil der Geschäfts- und Industriekunden beziehen heute dieses umweltfreundliche Stromprodukt, ein wirklich sehr gutes Resultat. Die Fraktion Grüne würde noch gerne erfahren, wie viel Prozent der Geschäfts- und Industriekunden auf diesen Standard umgestiegen sind und wie gross der Anteil dieser "Umsteiger" gemessen am Gesamtvolumen der bezogenen Kilowattstunden ist. Besten Dank im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen.

**Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Danke für die gute Aufnahme und der GPK danke ich für die von ihr getätigten Abklärungen. Die Umstellung auf den neuen Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER war mit sehr viel Aufwand verbunden. Das hat auch zu gewissen Verzögerungen geführt, für die wir uns entschuldigen möchten. Nächstes Jahr wird die Verwaltungsratssitzung früher angesetzt werden, um den Rechnungsabschluss ESB noch rechtzeitig für den Rechnungsabschluss der Stadt liefern zu können. Die Zahlen sind aufgrund dieser Umstellung tatsächlich teilweise schwer nachvollziehbar. Deshalb haben wir jetzt viele Kennzahlen auch nicht angegeben. Nächstes Jahr soll dies verbessert werden. Der Finanzplan nach Swiss GAAP FER ist sehr detailliert und stand dem Verwaltungs- und Gemeinderat, welcher eine Art Geschäftsleitung bildet, für die Entscheidungsfindung zur Verfügung. Auch die GPK hat den Finanzplan erhalten. Herr Grupp, der neue ESB hat gut begonnen, auch für das Personal. Die Gewerkschaften haben einen guten GAV ausgehandelt.

Auch unser Produkt "Standard" ist erfreulich gut angekommen. Unterdessen ist es auch bei sehr vielen anderen Elektrizitätswerken so, dass die Kunden standardmässig 100% erneuerbare Energie erhalten, es sei denn, sie sagen, sie wollen "down-traden" oder "-graden", also Atomstrom beziehen. Ich kann allerdings nicht sagen, wie viele Firmen auf das umweltfreundliche Produkt "Standard" umgestellt haben. Sicher sind es mehr Firmen als Privatkunden. Privatkunden sind diesbezüglich offener. Die grossen Firmen sind preissensitiver und daher eher gewillt, einen günstigeren Strommix zu beziehen. Von den verkauften rund 325 Gigawattstunden im Jahr sind 85% erneuerbare Energie, das ist mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Danke für das Vertrauen in den ESB, ein für die Stadt Biel wichtiges Unternehmen, nicht nur wegen des finanziellen Aspekts!

### **Vote**

Vu le rapport du Conseil municipal du 7 mai 2014 concernant le rapport d'activités 2013 d'Energie Service Biel/Bienne, et s'appuyant sur l'art. 31, al. 4 du Règlement ESB du 14 décembre 2011 (RDCo 741.1), le Conseil de ville **arrête**:

Le Conseil de ville prend connaissance du rapport de gestion 2013 d'Energie Service Biel/Bienne et par la même occasion du rapport d'activités 2013 d'ESB qui rend compte de la mise en œuvre de la stratégie de propriétaire d'ESB.

### **129. Motion urgente 2014077, Mohamed Hamdaoui, Groupe socialiste, "Un moratoire sur le moratoire!"**

(Texte de la motion urgente et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 01)

Le Conseil municipal propose au Conseil de ville de transformer la motion urgente en postulat et de l'adopter comme tel.

**Hamdaoui Mohamed, au nom du Groupe socialiste:** Hier, lors de la discussion sur les comptes et tout à l'heure lors de la discussion sur le Rapport de gestion, tout le monde a pu constater, que le personnel de la Ville de Bienne a aussi dû participer et continue à participer à l'effort qui est fait pour assainir les finances de la Ville. Il a été constaté, que l'assainissement des finances supposait des concessions de part et d'autre et au sein de notre groupe, nous sommes nombreux à estimer, que le moratoire sur la réoccupation des postes ou de mesures salariales était la moins mauvaise des solutions. Mais, il faut quand-même se poser des questions sur la nécessité de poursuivre ce moratoire, lorsque l'on constate, que les comptes sont nettement meilleurs que prévus. Il faut rappeler, que ce moratoire avait été prévu pour 2011. Il a été prolongé, pour recoller les pots cassés, parce que les comptes n'étaient pas bons ces précédentes années. La question peut se poser, si le personnel de la Ville de Bienne doit continuer à payer pour des fautes ou des circonstances, dont il n'est pas responsable. Le Groupe socialiste peut accepter cette situation jusqu'à une certaine limite, mais deux limites ne doivent pas être franchies: il ne faut pas, que ce moratoire péjore les conditions de travail du personnel de la Ville

de Bienne de manière grave et il faut éviter, que ce moratoire débouche sur une péjoration du service au public. Je vous cite un exemple: les traductions automatiques sont de plus en plus utilisées, qui débouchent parfois sur des scories de langage, qui sont pittoresques au début et agaçantes à la fin. Dans l'absolu, le Groupe socialiste aimerait presser sur le bouton "stop". Nous sommes prêts à presser sur le bouton "pause", c'est à dire à transformer la motion en postulat, mais en ayant la certitude ou l'assurance, que ce moratoire ne rime pas très vite en purgatoire pour le service public de la Ville de Bienne.

**Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Nach dem Rechnungsergebnis 2013 sind die Forderungen des Motionärs, nämlich beim Personal ein positives Umfeld zu schaffen, nachvollziehbar. Es sind jedoch einzelne Positionen, welche sehr wahrscheinlich einmalig sind und zu diesem Rechnungsergebnis geführt haben. Unsere Fraktion ist, wie der Gemeinderat auch, der Meinung, dass zuerst der Budgetprozess 2015 abgewartet werden muss, bevor Massnahmen im Personalbereich getroffen werden. Im Budgetprozess sind laut Bericht kein Stellenwiederbesetzungsmoratorium oder Massnahmen im Lohnbereich vorgesehen. Allerdings muss mit einem Aufgabenverzicht gerechnet werden, sollen die Finanzen ins Gleichgewicht gebracht werden. Da diese Prüfung bereits im Budgetprozess stattfindet, wird unsere Fraktion die Motion wie auch die Umwandlung in ein Postulat ablehnen.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne:** Die Fraktion Grüne hat das Moratorium auch in den Budgetdebatten immer wieder hinterfragt. Sie wird das von Herrn Hamdaoui vorgebrachte Anliegen sicher unterstützen, mindestens in Form eines Postulats.

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Ich habe grosse Sympathie für das Anliegen von Herrn Hamdaoui, das ich unterstützen werde. Vielleicht könnte man sich im Sinne eines Kompromisses darauf einigen, dass das Moratorium für Stellen, die für den Publikumsverkehr wichtig sind, aufgehoben wird.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Depuis douze ans, les charges de personnel de la Ville n'ont pas augmenté alors qu'entre-temps Bienne compte 5'000 habitants de plus. Le Conseil municipal est conscient de ce fait et se préoccupe aussi de la santé de ses employé(e)s. Cependant, nous avons été très larges dans la compensation du moratoire sur la réoccupation des postes ou de mesures salariales. Il a été possible de renoncer au moratoire, lorsque celui-ci pouvait être compensé. En transformant la motion en postulat, le Conseil municipal souhaite marquer son intention dans le sens que vous proposez, Monsieur Hamdaoui. Cela doit cependant être analysé lors de l'élaboration du budget. Les comptes 2013 ont été exceptionnels. Le Conseil municipal renonce à une réduction du salaire du personnel. Par contre, si l'abandon de tâches devait être envisagé, cela conduirait inévitablement à des suppressions de postes. Si cela s'avère nécessaire, à cause de la situation financière, il faudra également en débattre ici. Il est beaucoup trop tôt pour dessiner le budget 2015 et pour décider sur ce moratoire. L'objectif du Conseil municipal, en transformant cette motion en postulat, est d'aller dans le sens que vous proposez. C'est pourquoi, je vous demande d'accorder un moratoire à votre motion et de la transformer en postulat.

**La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.**

**130. Motion urgente interpartis 20140079, Martin Rüfenacht, FDP, Reto Gugger, PBD, Nathan Güntensperger, PVL et Andreas Sutter, PPB, "Pas de renforcement du SIP"**

(Texte de la motion urgente interpartis et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 02)

Le Conseil municipal propose de transformer la motion urgente interpartis en postulat et de l'adopter en tant que tel.

**Rüfenacht Martin, FDP:** Der Gemeinderat hat rasch und ausführlich auf unsere dringliche Motion geantwortet. Dafür danken wir. Ein Artikel im "Bieler Tagblatt" hat für grössere Verunsicherung gesorgt. In der Bevölkerung wird trotz der grossen medialen Unterstützung die Wirkung der Sicherheit-Intervention-Prävention (SIP) - höflich ausgedrückt - anders wahrgenommen, als sie immer wieder dargestellt wird. Die Motionäre haben die Kantonspolizei nach ihrer Meinung zur SIP gefragt. Die Wahrnehmung ist in der Tat eine andere. Der Gemeinderat hat sich sehr bemüht, auf alle Punkte eine Antwort zu geben. Wir behalten trotzdem ein anderes Bild. Beispielsweise flanieren zwei teuer eingekleidete Menschen an einem Ort, wo grundsätzlich nichts passiert. Letzthin hat mir jemand berichtet, dass zwei Herren der SIP um den leeren Hayek-Platz gewandert seien, wo sich sonst niemand aufhielt. Solche Situationen gibt es immer wieder. Manchmal helfen Mitglieder der SIP älteren Personen, denen beispielsweise ihr eingekauftes Gemüse zu Boden gefallen ist. Das könnten auch normale BürgerInnen tun. Sinn und Zweck der SIP wird immer mehr hinterfragt. An der Altstadtchilbi oder an der Braderie mag die SIP eine gute Lösung sein. Aber Biel hat nicht 365 Tage Braderie oder Altstadtchilbi. Die Weisungsbefugnis der SIP nützt nicht viel, wenn die Personen sich weigern, einer Weisung nachzukommen. Dann muss die SIP die Polizei rufen. Viel mehr tun als ein normale/r BürgerIn kann die SIP nicht. Der Gemeinderat spricht von Einsparungen von CHF 50'000. Wenn man allerdings die Vollkostenrechnung macht, kommt man auf andere Resultate. Die Uniformen allein haben mehr als CHF 100'000 gekostet. Das ist für fünf oder sechs Personen einfach zu viel. Das Theater wäre froh, wenn es so viel Geld für die Kostümierung zur Verfügung hätte. Sport- oder Blasmusikvereine wären auch froh, wenn sie die Spieler oder Musikanten für dieses Geld einkleiden könnten. Die strukturellen Kosten übersteigen CHF 300'000 sicher bei Weitem. Die Lohnkosten inklusive Sozialkosten betragen weit mehr als CHF 500'000. Wer weiss, wie viel das jährliche Material kostet. Schnell kommt man auf eine Million. Es ist müssig, darüber zu diskutieren, ob der Vorstoss überhaupt motionsfähig ist. Der Stadtrat hat das Recht, zu verlangen, dass eine Dienstleistung in einem bestimmten Mass zurückgestuft werden soll. Aufgrund der Mehrheiten im Saal wäre es wenig sinnvoll, an der Motion festzuhalten. Die Motionäre möchten aber doch ein Zeichen setzen. In dem Sinne akzeptieren sie die Umwandlung in ein Postulat. Es ist wichtig, dass der Gemeinderat das Zeichen erkennt. Die Stadt Biel braucht keine Spezialtruppe. Es müssen andere Lösungen ins Auge gefasst werden.

**Frank Lena, Fraktion Grüne:** Unsere Fraktion empfiehlt Ihnen, dem Gemeinderat zu folgen. Die SIP leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Deeskalation. Es ist schwierig abzuschätzen, wie viele Konflikte, die eventuell den Einsatz der Polizei nötig gemacht hätten, durch die Präsenz der SIP vermieden werden konnten. Die SIP handelt nachhaltig und setzt alles daran, Probleme langfristig zu lösen, im

Gegensatz zur Polizei, die vor allem in Akutsituationen eingreift. Nur auf die Polizei zu setzen käme einem Verzicht auf Brandschutztüren gleich, im Vertrauen, dass im Falle eines Brandes die Feuerwehr eingreifen wird. Wenn die SIP funktionieren soll, braucht sie genügend Personal. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung der Stadt Biel ist laut Umfragen traditionell tief. Der Einsatz der SIP ist eine Antwort darauf und setzt an konkreten Punkten wie beispielsweise bei der Prävention im Drogenbereich an. Zudem wird die Polizei entlastet, welche sich auf die akuten Fälle und auf Fälle, die in ihrer alleinigen Kompetenz liegen, konzentrieren kann. So muss sie nicht von ihren knappen Ressourcen darauf verwenden, Velofahrende, die durch die Nidaugasse fahren, zu ermahnen. Die Fraktion Grüne ist der Meinung, die Motion sei nicht motionsfähig und der Gemeinderat hätte dem Stadtrat auch deren Abschreibung beantragen können.

**Dillier Adrian, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Mitte-Rechts-Politiker möchten die SIP abschaffen oder verkleinern. Mit der Einführung von Police Bern ist die Handlungsfreiheit der Stadt zugunsten eines kantonalen Organs kleiner geworden. Die Stadt Biel zahlt für die Dienstleistungen der Kantonspolizei viel Geld. Und was Biel erhält, ist nicht so positiv, sonst hätte der Gemeinderat den Vertrag nicht gekündigt. Es ist wichtig, dass eine Stadt wie Biel eine gewisse Handlungsfreiheit hat und über die Möglichkeit verfügt, an gewissen Orten einzugreifen. Am liebsten wäre unserer Fraktion, wenn Biel wieder eine Stadtpolizei hätte. Deshalb empfiehlt Ihnen die Fraktion SVP/Die Eidgenossen, dem Gemeinderat zu folgen.

**Wiher Max, Fraktion GLP:** Unsere Sichtweise ist etwas differenzierter: Die Fraktion GLP ist der Meinung, die SIP habe durchaus ihre Berechtigung und könne in vielen Situationen zur Deeskalation beitragen. Aber unsere Fraktion findet den Zeitpunkt für einen Ausbau der SIP ungünstig, weil auf den 1. Januar 2016 der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei gekündigt wurde. Das Problem Sicherheit sollte ganzheitlich angegangen werden. Der Gemeinderat sollte über die Bücher gehen und dem Stadtrat eine Vorlage präsentieren und genau begründen, warum diese Stellen nötig sind. Die Fraktion GLP ist der Meinung, der Ausbau sollte nicht stattfinden, bis das Sicherheitsproblem geregelt ist. Sie wird daher den Vorstoss als Postulat unterstützen.

**Tanner Anna, Fraktion SP:** Auch unsere Fraktion wird dem Gemeinderat folgen. Vor allem zwei Punkte sind uns wichtig: Einerseits das juristische Argument, dass der Stadtrat erst für die definitive Schaffung von neuen Stellen zuständig ist, und andererseits finanzielle Gründe. Noch etwas zur Bekleidung: Sie ist auch für punktuelle SIP-Einsätze gedacht und daher für solche schon vorhanden. Je nach Einsatz entstehen dadurch nicht neue Kosten. Herr Dillier hat gesagt, es wäre gut, wenn die Stadt Biel wieder über eine Stadtpolizei verfügen würde. Das was mit einer Stadtpolizei erreicht würde, kann zu einem grossen Teil auch mit der SIP erreicht werden, da sie die Stadt sehr gut kennt und gut vermitteln kann, nicht zuletzt auch zwischen den Kulturen.

**Gugger Reto, Fraktion BVP/CVP/BDP:** In der von Martin Rüfenacht erwähnten Propaganda in der Presse wird über Nachtpatrouillen der SIP berichtet. Ich bin in der Nacht häufig zu Fuss unterwegs und habe dabei noch nie eine SIP-Patrouille gesehen. Laut einer Studie von Killias anhand von Opferbefragungen fühlen sich die meisten auf unbeleuchteten Strassen und an dunklen Orten unsicher. Vorgestern



habe ich die Notfallnummer der SIP gewählt, um zu sehen, was geschieht. Es passiert gar nichts. Niemand antwortet. Die Nummer wird nicht auf die Nummer der Polizei umgeleitet - doch sie ist bei jedem Schulhausplatz auf eine grosse Tafel gedruckt...

Im Geschäftsbericht 2013 der Stadt Biel werden die grossartigen Leistungen der SIP aufgeführt. Zum Beispiel hat es die SIP fertiggebracht, alle drei Wochen jemanden zu erwischen, der irgenwo in der Öffentlichkeit uriniert. Sie hält fünf Mal pro Tag einen Velofahrer an, der auf dem Trottoir oder in der Nidaugasse fährt. Ich schätze, dass pro Tag mehr als 100 Velofahrer in der Nidaugasse fahren. Gemäss der Antwort des Gemeinderats kann die SIP mit allen Kompetenzen ausgestattet werden, welche den gemeindepolizeilichen Organen der Stadt Biel zukommen. Was heisst das? Auf der Homepage der Stadt Biel steht, dass die SIP keine polizeihöheitlichen Kompetenzen hat, dass die Durchsetzung der Ordnung auf der kommunikativen und psychologischen Ebene, durch Vertrauensbildung und Vermittlung erfolgt. In kritischen Situationen und bei Verbrechen oder Vergehen wird die Polizei hinzugezogen. Das musste die SIP gemäss Tätigkeitsbericht neun Mal tun. Wahrscheinlich war die SIP damals froh, als die Polizei eintraf, weil die Polizei mit drei Streifenwagen in Biel immer präsent ist. Werden der Polizei die finanziellen Mittel weggenommen, sind es plötzlich nur noch zwei Streifenwagen. Dann könnte in einem ähnlichen Fall die SIP länger warten, bis die Polizei eintrifft. Für mich ist und bleibt die SIP ohne polizeiliche Befugnis ein zahnloser Papiertiger ohne Daseinsberechtigung.

**Baltzer Niklaus, SP:** Ich bin erstaunt über den schlechten Ruf, den die SIP offenbar bei einigen Leuten genießt. Ich bin selten mit dem Velo in der Stadt, weil ich meistens in der Firma bin. Fahre ich aber durch die Stadt, sehe ich die SIP erstaunlich häufig. Bei zwei Personen, die in der Stadt einen Teil der Zeit patrouillieren, kann man nicht erwarten, dass beispielsweise eine Mutter in einem Quartier durch die SIP ein Sicherheitsgefühl erhält. Die SIP ist eine so kleine Truppe, dass sie nur sehr lokal wirken kann. Es ist sehr leicht, Leute zu finden, die sagen, die SIP nütze nichts, weil sie sie noch nie gesehen haben. Das ist billig. Die Frage ist, ob die SIP die ihr anvertrauten Aufgaben zur Zufriedenheit löst. Sicher findet man auch Leute, welche mit der Arbeit der SIP zufrieden sind. Es ist erlaubt, dass sich die Presse mit der SIP befasst. Mich dünkt, das Positive, das hier zu lesen ist, sei vertrauenswürdiger als das, was die Bürgerlichen allenfalls an andern Orten erfragt haben. Ich habe relativ oft mit der Einheitspolizei zu tun, weil sie in meine Firma kommt. Die Einheitspolizei trifft immer sehr rasch ein. Meistens ist sie noch vor mir da, und ich brauche nur 2 bis 3 Sekunden, um aufzustehen. Besser kann es gar nicht sein. Deshalb begreife ich diejenigen nicht ganz, welche finden, die Einheitspolizei sei zu wenig nah bei den Leuten. Bevor Cendres+Métaux SA die Einheitspolizei hatte, war ich immer vor der Polizei vor Ort und musste jeweils fragen, ob die Gemeinde- oder Kantonspolizei kommt, und wer jetzt zuständig sei. Insofern muss ich der Einheitspolizei ein Kränzchen winden. Die SIP sehe ich nicht so oft. Die Bürgerlichen müssten in dem Sinn noch etwas Herzblut einbringen und nicht nur Aversion.

**Bohnenblust Peter, FDP:** Auch die Bürgerlichen haben Herzblut... Sie verlangen ja nur, dass der Gemeinderat darauf verzichtet, die Stellen der SIP weiter auszubauen. Sie verlangen heute nicht mehr. In der Zeitung haben wir etwas gelesen, das uns aufgeschreckt und uns bewogen hat, einen Vorstoss einzureichen. Wir fanden, es dürfe nicht so gehen, wie wir Herrn Feurer in der Zeitung verstanden haben. Wenn

wir dann die Grundlagen auf dem Tisch haben, können wir eingehend darüber diskutieren, wie gross die SIP sein soll, wenn es sie überhaupt noch braucht. Hierfür werden wir einen zweiten Vorstoss einreichen.

**Cadetg Leonhard, FDP:** In den letzten Monaten bin ich ein paar Mal der SIP-Patrouille gefolgt. Ich habe dabei gesehen, dass die SIP jeweils sehr lange nichts zu tun hatte. Ich konnte keine Wechselwirkung beobachten. Ich möchte, dass wir dem Gemeinderat folgen und dem Postulat zustimmen.

**Steinmann Alfred, SP:** Ich helfe, die SIP abzuschaffen, aber nur, wenn die Kantonspolizei sämtliche Aufgaben übernimmt, welche die SIP bis jetzt übernommen hat. Die SIP macht einfach nicht alles, sie schreitet nicht ein, wenn in der Öffentlichkeit uriniert wird oder bekämpft auch das Littering nicht. Sie hätte eigentlich auch die Aufgabe, die Velofahrer in der Nidaugasse zu ermahnen. Das macht sie aber nicht und die Kantonspolizei auch nicht. Wichtig ist, dass Biel auf die Kantonspolizei noch ein wenig Druck ausüben kann. Deshalb dürfen wir uns nicht verbauen, die SIP ausbauen zu können, müssen sie aber heute nicht ausbauen. Deshalb scheint es mir wichtig, dass der Stadtrat dem Gemeinderat folgt. Ich verschliesse mich einer Umwandlung in ein Postulat nicht.

**Bord Pascal, UDC:** Ce n'est vraiment pas le moment de réduire le SIP. La Police cantonale, par manque de moyens, ne peut pas remplir son contrat de prestations. Il y a des tâches, qu'elle ne pourra jamais remplir. Dans le domaine de la prévention et de la médiation de petits conflits, il est indispensable d'avoir un organe local. D'autre part, la Loi sur la Police cantonale sera bientôt en révision. Ce serait un mauvais signal de vouloir réduire le SIP maintenant. Je vais d'ailleurs déposer un postulat pour trouver ce qui manque au SIP et comment y remédier.

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Ich bin über diese Diskussion ein wenig irritiert. SIP ist ein Konzept, das in Zürich entstanden ist. Ich kenne es aus der Zeit, als ich noch in Zürich wohnte. Das Konzept sieht eine Intervention in Brennpunkten vor, aber nicht eine polizeiliche Intervention, sondern eine Kombination aus sozialer und ordnungspolitischer Intervention. Die Rolle der SIP ist keine polizeiliche.

**Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit:** Ich möchte mich zuerst bei Herrn Rüfenacht entschuldigen. Das war ein Missverständnis und nicht Absicht. Ich habe Ihre Frage offenbar nicht richtig verstanden. Frau Tennenbaum, Sie sprechen das Profil der SIP an. Man kann es selbstverständlich hinterfragen. In einem der verschiedenen Medienberichte habe ich selber ein nicht respektvolles Wort für die SIP gebraucht und habe gesagt, es gehe auch darum, das Profil der SIP neu zu überdenken. Ich habe mich ein wenig zum Fenster hinausgelehnt. Ich kam mit einer sehr kritischen Haltung gegenüber der SIP in die Direktion Soziales und Sicherheit und habe auch nach wie vor das eine oder andere Fragezeichen. Aber unterdessen konnte ich auch einmal mit der SIP auf Patrouille gehen, so wie es die Medien getan haben. Ich habe sie auch per Zufall zwischendurch getroffen und unterschiedlich erlebt. So habe ich erlebt, dass die SIP, ohne Waffen aber aufgrund ihres Auftretens und ihrer Professionalität, durchaus auf Respekt stösst und Verhaltensänderungen vor Ort bewirken kann. Auch bei Nachbarschaftskonflikten kann sie Lösungen herbeiführen. Sie kann also Einiges mehr als ich mir vorgestellt habe. Aber es sind nur 470 Stellenprozente. Das ist nicht viel. Bei der Kantonspolizei kauft die Stadt Biel

über 8000 Stellenprozente oder 80 Stellen ein. Trotzdem sind wir nicht immer zufrieden mit den Leistungen und sind deshalb froh, dass es die SIP gibt, welche man gezielt irgendwo einsetzen kann. Das kann die Stadt Biel von der Kantonspolizei nicht haben. Herr Cadetg, Sie sind offenbar einige Male der SIP gefolgt und haben festgestellt, dass nicht viel zu tun war. Dasselbe können Sie feststellen, wenn Sie einmal einem Polizeiauto der Kantonspolizei folgen. Das darf für sich selber noch kein Kriterium sein. Von Herrn Rüfenacht wurden die betriebswirtschaftlichen Kosten angesprochen. Ich weiss nicht, ob die Uniformen wirklich CHF 100'000 gekostet haben. Sicher waren sie nicht günstig. Sie wurden aber für ein Korps angeschafft. Deshalb werden keine zusätzlichen Fixkosten ausser den Lohn- und Lohnnebenkosten anfallen, wenn die Stadt Biel allenfalls für den Kaktus weitere Mitarbeitende anstellt. Das ganze SIP-Team hat einen einzigen Arbeitsplatz, den sich die Teammitglieder teilen. Deshalb ist der Kostenvergleich nicht aufs Komma genau. Aber in der Stossrichtung ist es richtig zu sagen, dass die SIP weniger kostet als beispielsweise die Securitas früher. Die Motionäre haben die Kantonspolizei nach ihrer Meinung gefragt. Die Antwort der Kantonspolizei hat mich sehr erstaunt. Ich selber habe nämlich die Kantonspolizei mehrmals darauf angesprochen, habe sie gefragt, wie sie mit der SIP zusammenarbeite, wie sie die SIP beurteile, ob es allenfalls Konflikte zwischen ihr und der SIP gebe. Und ich habe eine ganz andere Antwort erhalten. Mir hat man gesagt, die Zusammenarbeit funktioniere gut, es gebe auch ganz konkrete Gelegenheiten zusammenzuarbeiten, wie beispielsweise beim Bahnhof. Für den Bahnhof haben wir sogar einen gemeinsamen Einsatzplan, der festlegt, wann die Kantons-, wann die Bahnpolizei und wann die SIP im Einsatz ist. Wir sind sehr froh, dass wir die SIP einsetzen können. Die Kantonspolizei hat nicht genügend Ressourcen, um die Präsenz, welche wir am Bahnhof wünschen, sicherzustellen. Auch betreffend Einsatz am Bahnhof ist das Feedback der Kantonspolizei positiv. Sie haben offenbar etwas anderes gehört. Ich werde bei der Kantonspolizei noch einmal nachfragen.

Was ist für die Zukunft geplant? Wir wollen einen gewissen Ressourcentransfert vom Kanton zurück in die Stadt Biel, weil wir unsere Sicherheitskräfte direkter und schneller einsetzen wollen. Unter anderem aus diesem Grund hat die Stadt Biel den Ressourcenvertrag mit dem Kanton gekündigt. Der Transfer ist aber im Verhältnis zum Ganzen sehr bescheiden. Wir wollen also die Kantonspolizei gar nicht abschaffen oder massgeblich dezimieren. Der Transfer wird frühestens 2016 stattfinden. Und der Gemeinderat will die städtischen Sicherheitskräfte generell neu überprüfen. Dazu gehört auch die SIP. Ich kann heute das Resultat nicht vorwegnehmen. Wenn in der Zeitung stand, dass die Stadt Biel die SIP ausbauen will, beruht das auf einem Missverständnis. Es ist eher gedacht, dass ein Teil des Ressourcentransfers allenfalls in den Ausbau der SIP fliessen könnte. Das ist aber nur eine Möglichkeit. Es wäre auch möglich, dass die Gewerbepolizei verstärkt wird, oder dass ein Teil der wieder gewonnenen Ressourcen in die Spezialdienste fliesst, oder dass die Präsenz in den Quartieren wieder verstärkt wird, was dem Gemeinderat ein Anliegen ist. Die Stadt Biel hat früher mit der Quartierpolizei sehr gute Erfahrungen gemacht. Der Gemeinderat will das ergebnisoffen prüfen. Er ist nicht a priori der Meinung, die SIP müsse wachsen. Deshalb empfiehlt Ihnen der Gemeinderat die Annahme des Postulats. Er will auf kantonaler Ebene bei der Revision des Polizeigesetzes Einfluss nehmen, damit die Städte und Gemeinden wieder mehr Kompetenzen erhalten und gewisse Aufgaben besser wahrnehmen können, wie beispielsweise die Identitätskontrollen.

**La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.****131. Interpellation urgente 20140078, Fritz Freuler, Groupe Les Verts, "Interview et mandat du professeur Urs Müller"**

(Texte de l'interpellation et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 03)

L'interpellant **n'est pas satisfait** de la réponse.

**Freuler Fritz, Grüne:** Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Antwort auf die dringliche Interpellation, der ich entnehme, dass der Gemeinderat mein Befremden gegenüber dem Vorgehen von Herrn Professor Müller teilt und dies Herr Müller auch mitgeteilt hat. Aus Sicht unserer Fraktion hat ein Professor, der vor Abschluss einer Studie politisch gefärbte Aussagen in den Medien macht, seine Glaubwürdigkeit verspielt. Er ist offensichtlich nicht mit der gebotenen wissenschaftlichen Unabhängigkeit vorgegangen, sondern mit einer stossenden Voreingenommenheit, die sich nicht nur in politischen und somit parteiischen Urteilen manifestiert sondern auch in teilweise abwertenden Äusserungen zur Stadt Biel, die immerhin seine Auftraggeberin ist. Vor diesem Hintergrund kann der Stadtrat keine unabhängige Expertise erwarten, wie sich das der Gemeinderat bei seiner Auftragsvergabe erhofft hat, sondern bloss ein politisch gefärbtes Positionspapier unter dem Deckmantel einer Expertise. Das Mandat läuft somit ins Leere. Es stellt die Frage, warum der Gemeinderat Herrn Professor Müller nach dessen Selbstentblössung in den Medien das Mandat nicht entzogen und auf diese Weise versucht hat, wenigstens einen Teil des nicht ganz bescheidenen Honorars einzusparen.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP:** Die Grundlage der Interpellation ist "nur" ein Zeitungsartikel. Der Hintergrund ist aber wichtig. Gewisse Missverständnisse in der Kommunikation mit der Presse können vorkommen. Das haben Sie sicher auch schon erlebt. Mir persönlich hat dieser Artikel überhaupt nicht gepasst. Die Fraktion SP hat sehr viel Hoffnung in diese Studie gesetzt. Aufgrund der Ergebnisse wollten wir eine langfristige Finanzplanung machen. Das Vertrauen ist dabei sehr wichtig. Der Stadtrat wird sehr wahrscheinlich entscheidende, schwerwiegende Beschlüsse fassen müssen. Ich finde es ziemlich tragisch, dass hier die Vertrauensfrage gestellt werden muss und empfinde das wie Fritz Freuler. Mich hat erstaunt, dass offenbar gar kein Pflichtenheft besteht. Vielleicht wäre in einem Pflichtenheft auch die Frage der Kommunikation geregelt worden. Die Frage 7 der Antwort des Gemeinderats betrifft die Glaubwürdigkeit von Professor Müller. Von einem Mandatsentzug ist in dieser Frage nicht die Rede. Der Gemeinderat steht mit Professor Müller in einem vertraglichen Verhältnis und hat sicher eine gewisse Diskretionspflicht. In der Antwort werden lediglich Ausreden gesucht, nichts ist wirklich handfest.

**Steidle Silvia, directrice des finances:** Monsieur Freuler, vous n'avez pas très bien compris la réponse du Conseil municipal. Monsieur Müller ne s'est pas prononcé sur son mandat. Il a fait une analyse sur la Ville de Bienne, qui n'est pas technique et pas non plus politique. Le Conseil municipal n'a pas apprécié cette analyse et nous le lui avons signalé. Nous lui avons demandé de ne plus se prononcer, tant qu'il a un

mandat pour la Ville de Bienne. Le cahier des charges est clair: Monsieur Müller accompagne le Conseil municipal avec des analyses techniques et le Conseil municipal est le seul habilité à prendre des décisions, à faire des paquets et à les proposer au Conseil de ville. C'est pour cette raison, que le Conseil municipal estime que le professeur Müller, avec cet article qui convient à certaines personnes et moins à d'autres, n'a pas perdu de son aura en tant qu'analyste technique. Pour cette raison, le Conseil municipal continue d'avoir recours à ses services, mais il prendra les décisions politiques.

### **132. Discours d'adieux à Martin Rüfenacht**

**Suter Daniel, président du Conseil de ville:** Notre collègue, Martin Rüfenacht, participe à sa dernière séance de sa carrière politique. Comme beaucoup de carrières politiques couronnées de succès, celle de Monsieur Rüfenacht a commencé dans une Commission scolaire. Il fut membre de la Commission de l'école primaire allemande de Madretsch, de 1989 à 2000. Il est entré au Conseil de ville le 1<sup>er</sup> janvier 1997. Il fut membre de la Commission préconsultative spéciale pour la révision du Règlement scolaire, entre novembre 1999 et mai 2000. Il était scrutateur, de janvier 2001 à avril 2002. Ensuite, il est entré à la Commission de gestion le 22 avril 2006 et fut président de mai 2010 à août 2011. Dans ses mandats, Monsieur Rüfenacht a toujours défendu son point de vue de libéral/radical, marqué par la liberté responsable et l'ouverture au monde et aux autres. Fidèle à cet ancrage et grâce à sa pondération, il a souvent apporté la part de bon sens nécessaire aux bonnes solutions. Engagé dans différents domaines de la vie sociale de notre Ville, sa contribution au sein du Conseil de ville a toujours été précieuse. Nous félicitons Monsieur Rüfenacht pour son parcours politique et le remercions du travail accompli. Nous lui présentons nos meilleurs voeux pour la suite de sa vie privée et professionnelle.

**Kaufmann Stefan, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU:** Lieber Martin, nach 17 Jahren hast Du Deinen Rücktritt verdient. 17 Jahre sind eine lange Zeit. Du hast Dich im Stadtrat sehr engagiert. In der Fraktion haben wir Dein grosses Know-how und Deine soziale Kompetenz immer sehr geschätzt. Wenn wir politisch ausschweiften wollten, hast Du uns oft wieder auf den Boden der Realität zurückgeholt und bewirkt, dass wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Diese Kompetenz wird uns fehlen. Du als Mensch wirst uns auch fehlen. Jetzt wirst Du Zeit für Deine Hobbies und Deine Partnerin haben. Wir wünschen Dir alles Gute.

**Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP:** Wir wurden heute von Deinem Rücktritt überrascht. Unsere Fraktion erfährt im Allgemeinen immer durch irgendeine Hintertür von bevorstehenden Rücktritten. Heute hat das nicht funktioniert. Ich bin deshalb nicht vorbereitet. Wir haben alle Deine Art und Deine Kompetenz geschätzt, Deine Vertrauenswürdigkeit und Deine qualitativ hochstehende Arbeit, Deine Wortmeldungen und Meinungsäusserungen. Merci Martin.

**Rüfenacht Martin, FDP:** Das ist der einzige Moment, in dem man als Stadtrat das letzte Wort hat. Ich danke ganz herzlich für die wohlwollenden Worte, welche, wenn auch nicht lange vorbereitet, von Herzen kommen. Fast 18 Jahre sind tatsächlich eine

lange Zeit. Es bleiben mir ganz tolle Erinnerungen, beispielsweise die Erinnerung daran, dass ich als Fraktionspräsident von dieser Seite zur gegenüberliegenden Seite zur Fraktionspräsidentin der SP gegangen bin und sie gefragt habe: "Was meinst Du, Ena, kommen wir mit diesem Geschäft durch?" Sie ist nach kurzer Zeit zu mir hinüber gekommen und hat mir gesagt: "Martin, es klappt. Wir kommen durch." Das waren schöne Momente. Es war auch schön, tolle Menschen kennenzulernen und festzustellen, dass nicht die Kopfbedeckung zählt, sondern das was darunter ist. Danke Andrea Bösch. Ich danke auch Stefan Kaufmann als Fraktionspräsidenten für die Geduld, die er mit mir hatte. Ich danke Peter Bohnenblust für seinen Anruf, als er mir gesagt hat "Martin, komm auf die Liste!" Peter Moser danke ich für seine Ratschläge. Ich habe heute wieder festgestellt, dass man nie ausgelernt hat. Ständig macht man wieder Fehler. Ich danke dem Gemeinderat für die wohlwollende Bearbeitung aller Geschäfte, für die Ratschläge, die ich immer erhalten habe und für die offenen Türen, die ich immer vorgefunden habe. Ich danke allen Stadtratsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit. Euch allen wünsche ich gute Gesundheit. Wir werden uns wiedersehen und ich freue mich darauf.

**Suter Daniel, président du Conseil de ville:** Je vous remercie de votre participation et vous souhaite une bonne rentrée dans vos foyers.

**133. Nouvelles interventions**

- |                 |  |                                     |
|-----------------|--|-------------------------------------|
| <b>20140190</b> | <b>Dringliche Interpellation Salome Strobel, Fraktion SP</b><br>Stand nachhaltige Haushaltsanierung im Hinblick auf das Budget 2015<br>État du projet d'assainissement durable des finances communales en vue du budget 2015   | <b>FID</b>                          |
| <b>20140191</b> | <b>Überparteiliche Interpellation Anna Tanner, SP und Leonhard Cadetg, FDP</b><br>Stand der Projektentwicklung zur Fachstelle Arbeitsintegration<br>État de l'avancement du projet de Service spécialisé de l'insertion professionnelle  | <b>DSS</b>                          |
| <b>20140192</b> | <b>Überparteiliches Postulat Max Wiher, GLP, Urs Brassel, FDP, Monique Esseiva, CVP, Lena Frank, Grüne, Mohamed Hamdaoui, PSR, Maurice Paronitti, PRR</b><br>Kulturplakataushang bei Bauten der öffentlichen Hand<br>Affichage culturel sur les bâtiments des pouvoirs publics | <b>BKS</b><br><br>PRA<br>FID<br>BEU |
| <b>20140193</b> | <b>Motion Andreas Bösch, Grüne</b><br>Uhrenindustrie in die Pflicht nehmen<br>Placer l'industrie horlogère devant ses responsabilités  | <b>PRA</b><br><br>BEU               |

***Fin de la séance / Schluss der Sitzung: 22.55 heures / Uhr***

---

***Le président du Conseil de ville / Der Stadtratspräsidentin:***

Daniel Suter

***La secrétaire parlementaire / Die Ratssekretärin:***

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Simone Bonjour

Claire-Lise Kirchhof